Anatomie der Staatssicherheit
Geschichte, Struktur und Methoden

— MfS-Handbuch —

Vorbemerkung

Mit dem Sturz der SED-Diktatur forderte die Demokratiebewegung in der ehemaligen DDR 1989/90 auch die Öffnung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), am 20. Dezember 1991 mit breiter Mehrheit vom Parlament des vereinten Deutschlands verabschiedet, schaffte dafür die Grundlage.

Zu den Aufgaben des Bundesbeauftragen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gehört die "Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes" (§ 37 StUG). Dazu trägt dieses Kompendium "Anatomie der Staatssicherheit" bei. Das vorliegende Handbuch liefert die grundlegenden Informationen zu Geschichte und Struktur des wichtigsten Machtinstruments der SED.

Seit 1993 einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der Abteilung Bildung und Forschung, gelangen die abgeschlossenen Partien des MfS-Handbuches ab Herbst 1995 als Teillieferungen zur Veröffentlichung. Damit wird dem aktuellen Bedarf unterschiedlicher Institutionen und Interessenten Rechnung getragen: den Opfern des MfS, die sich – zum Beispiel durch persönliche Akteneinsicht – jetzt noch einmal mit ihrem Lebensweg befassen, oder etwa Gerichten und Politikern, die in das konspirative Dickicht der DDR-Geheimpolizei vordringen wollen, sowie Behörden, Journalisten und interessierten Bürgern. Schließlich soll es den Historikern dienen; sie können wohl am ehesten ermessen, welche Anstrengungen erforderlich sind, binnen kurzer Frist ein Werk wie dieses zu erarbeiten.

Gemessen an vergleichbaren wissenschaftlichen Publikationen mit Handbuchcharakter, erscheinen die Teillieferungen des MfS-Handbuch zu einem sehr frühen Zeitpunkt. Die Autoren konnten nicht auf einen fortgeschrittenen Forschungsstand mit entsprechend gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen zurückgreifen, sie waren vielmehr gezwungen, grundlegende Befunde erst zu erarbeiten. Da die archivische Bearbeitung der Aktenbestände des BStU noch längst nicht erledigt ist, mußten die Forschungen zum vorliegenden Werk auf der Grundlage noch nicht vollständig erschlossener Bestände erfolgen. Kleinere Korrekturen und Ergänzungen dürften daher voraussichtlich bis zur Publikation der definitiven Buchfassung noch anfallen, in der zu gegebener Zeit sämtliche Teillieferungen zusammengefaßt werden.

Die nachfolgende Übersicht über das Gesamtwerk ermöglicht die Einordnung der jeweils vorliegenden Teillieferung (Fettdruck). Bereits erschienene Teile sind in diesem Inhaltsverzeichnis des MfS-Handbuches mit einem Punkt gekennzeichnet (•).

Die Herausgeber danken allen, die zur Erarbeitung des Handbuches beitragen: den einzelnen Autoren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Bildung und Forschung, wo die "Anatomie der Staatssicherheit" entsteht, jenen der Abteilung Archivbestände, die das Vorhaben mit Engagement unterstützen, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Auskunft und der Außenstellen, denen wir manchen wertvollen Hinweis verdanken.

Die Herausgeber Berlin, August 1995

Ü B E R S I C H T   Ü B E R   D A S   G E S A M T W E R K

ANATOMIE DER STAATSSICHERHEIT

– MfS-Handbuch –

Tobias Wunschik

Die Hauptabteilung XXII:

"Terrorabwehr"

MfS-Handbuch, Teil III/16

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Schutzgebühr für diese Lieferung: 5,00 €

2. Auflage
Berlin 1996

ISBN 978-3-942130-14-1

urn:nbn:de:0292-97839421301414

Inhalt

1. Überblick

Auf die weltweite Zunahme politisch motivierter Gewalt zu Beginn der siebziger Jahre reagierte das MfS 1975 mit der Gründung einer eigenen Diensteinheit zur Terrorabwehr.[1] Die Abteilung XXII befaßte sich mit dem internationalen Linksterrorismus, DDR-kritischen linksextremen Organisationen und rechtsextremen Gruppierungen sowie mit anderen militanten Gegnern des SED-Regimes in der Bundesrepublik. Die Diensteinheit beobachtete intensiv die einschlägige Szene und sorgte dafür, daß ehemalige Mitglieder der *Roten Armee Fraktion* (*RAF*) im Osten Deutschlands Aufnahme fanden. "Terrorabwehr" in der DDR beinhaltete in einigen Fällen die stillschweigende Duldung von terroristischen Angriffen auf den Westen (etwa im Falle des Anschlages auf die französische Kultureinrichtung "Maison de France") und sogar Handlungen, die als regelrechte Unterstützung ausgelegt werden können (wie das Training von aktiven *RAF*-Terroristen).

Da die Welle extremistischer Gewalt ihren Ausgangspunkt im Westen hatte, war die Arbeit der Diensteinheit stark auf die Bundesrepublik ausgerichtet. Mögliche Rückverbindungen der Terroristen in die DDR (etwa familiärer Art) versuchte sie aufzuspüren und im Osten jegliche Bereitschaft zur Gewaltanwendung im Keim zu ersticken. Hierbei waren auch die Arbeitsgruppen XXII der Bezirksverwaltungen einbezogen, deren Bedeutung aber gegenüber der Zentrale in Berlin gering blieb: Für die Linie XXII und ihr Aufgabenprofil ist charakteristisch, daß annähernd 80 Prozent der zur "Terrorabwehr" eingesetzten Mitarbeiter zur Zentrale gehörten.

Die Abteilung XXII war zunächst dem 1. Stellvertreter des Ministers, Generalleutnant Bruno Beater, unterstellt. Nach dessen Ablösung im Jahre 1980 gehörte sie zum Anleitungsbereich seines Nachfolgers Gerhard Neiber. Leiter der Diensteinheit war zunächst Oberst Harry Dahl, ab 1. Januar 1985 fungierte Oberst Horst Franz an dessen Stelle. Mit 248 Mitarbeitern im Jahre 1988 zählte die Abteilung XXII zu den kleineren Diensteinheiten im Ministerium für Staatssicherheit (MfS).

Die Abteilung konzentrierte sich auf die Durchführung von rund 30 Operativen Vorgängen (OV)[2] zu den wichtigsten Gruppen des internationalen Terrorismus und des politischen Extremismus in der Bundesrepublik. Die politische Brisanz ihrer Tätigkeit führte zu einer besonders sorgfältigen und intensiven operativen Arbeit: Kaum einer der Mitarbeiter mußte

---

1 Vgl. Gesprächskonzeption für Mielke zu einer Unterredung mit Honecker vom März 1983: Die Organisation einer wirksamen Terrorabwehr in der DDR als Konsequenz aus der aktuellen Entwicklung der internationalen Klassenkampfsituation (künftig: Die Organisation einer wirksamen Terrorabwehr); Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (künftig: BStU), Zentralarchiv (künftig: ZA), Hauptabteilung (künftig: HA) XXII 1182, Bl. 228-235, hier 229.

2 In der Zentrale des MfS wurden in den achtziger Jahren gleichzeitig rund 300 OV durchgeführt.

gleichzeitig mehr als zwei Operative Vorgänge durchführen.[3] Nur sehr wenige Führungsoffiziere betreuten mehr als vier Inoffizielle Mitarbeiter (IM); in der Gesamtheit der Angehörigen der Abteilung lag das Verhältnis zeitweilig sogar unter eins. 1988 führte die Abteilung XXII insgesamt 243 IM (IMB, IMS, IME und GMS).

In den Jahren 1988/89 unterlag die "Terrorabwehr" einer tiefgreifenden Umstrukturierung, die zum Zeitpunkt der Wende noch nicht abgeschlossen war. Am 1. April 1988 wurde die AGM/S, deren Kampfeinheiten, die Zentralen Spezifischen Kräfte (ZSK), für die praktische Bekämpfung von Gewalttätern zuständig waren, in Abteilung XXIII umbenannt. Am 1. März 1989 wurden diese Kräfte mit ihren Aufgaben der Abteilung XXII unterstellt und die so entstandene Diensteinheit zur Hauptabteilung XXII aufgewertet.

---

3 Vgl. Statistische Übersicht über die von einzelnen Mitarbeitern der Abteilung XXII geführten Inoffiziellen Mitarbeiter und durchgeführten Operativen Vorgänge vom 30.11.1986 (künftig: Statistische Übersicht 1986); BStU, ZA, HA XXII 1734, Bl. 277-293.

2. Von der Abteilung zur Hauptabteilung XXII 1988/1989

2.1. Aufgaben und Struktur der Abteilung XXII 1988

2.1.1. Zielsetzung

Mit der Wende vom Herbst 1989 kam ans Licht, daß der SED-Staat den Linksterrorismus in der Bundesrepublik stillschweigend geduldet und bisweilen auch unterstützt hatte. Ehemalige *RAF*-Mitglieder waren beherbergt und vor der westlichen Fahndung abgeschirmt worden, so daß die jahrelang steckbrieflich gesuchten Täter erst im Sommer 1990 festgenommen werden konnten. Und im Jahre 1991 kristallisierte sich heraus, daß zehn Jahre zuvor einzelne Terroristen vom zuständigen DDR-Staatssicherheitsdienst sogar militärisch ausgebildet worden waren. Die Offenlegung dieser Machenschaften war ein besonders schwieriger und langwieriger Prozeß, weil das MfS in dieser Sache hochgradig konspirativ vorgegangen war und im Herbst 1989 alle Unterlagen und Spuren zu vernichten versuchte, die auf die erfolgten Hilfeleistungen hätten hindeuten können.[4] Bei der Aufklärung waren daher neben den rudimentär überlieferten schriftlichen Unterlagen der Abteilung XXII gerade auch die Aussagen der ehemals Beteiligten hilfreich, sofern sie Eingeständnisse lieferten - wie etwa die festgenommenen Ex-Terroristen in ihren polizeilichen Vernehmungen[5] oder die verantwortlichen MfS-Mitarbeiter selbst.[6] Spätere journalistische Veröffentlichungen konnten vor allem von den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft profitieren.[7]

Einschlägige schriftliche Unterlagen, die nach den "Säuberungsaktionen" des MfS noch übrig waren, wurden ab 1990 teilweise an bundesdeutsche Strafverfolgungsbehörden überstellt.[8] Seitdem standen sie der vorrangigen Auswertung durch die Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung und blieben in Einzelfällen bisher für jede andere Form der Verwendung gesperrt. Die heute der wissenschaftlichen Forschung zugänglichen Unterlagen erlauben deswegen eine Rekonstruktion der Unterstützung des internationalen Terrorismus durch das MfS nur eingeschränkt.

Die zur Verfügung stehenden Akten eröffnen jedoch Einblicke in die Strukturen und die vielfältigen Aufgaben der für die "Terrorabwehr" zuständigen Abteilung XXII. Anders als die Bezeichnung ihres Aufgabengebietes vermuten läßt, umfaßte ihr Tätigkeitsfeld nicht nur

---

4 Vgl. Butz Peters: RAF. Terrorismus in Deutschland, Stuttgart 1991, S. 19-23 und 306 f.

5 Auf dieser Quelle basiert das Buch von Andreas Müller und Michael Kanonenberg: Die RAF-Stasi-Connection, Berlin 1992.

6 Vgl. Helmut Voigt: "Es ging um Schmidt/Strauß", in: Der Spiegel Nr. 26/1991, S. 94 f.

7 Vgl. Peter Siebenmorgen: "Staatssicherheit" der DDR. Der Westen im Fadenkreuz der Stasi, Bonn 1993 (künftig: Siebenmorgen: "Staatssicherheit").

8 Vgl. Tageszeitung (taz) vom 29.6.1993, S. 3.

die Kontrolle des internationalen Terrorismus, sondern auch die vorsorgliche und umfassende Beobachtung des politischen Extremismus[9] in der Bundesrepublik sowie die Aufklärung von anonymen Drohanrufen gegen die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen der DDR. Entscheidendes Kriterium für ihre Zuständigkeit waren die Militanz dieser Kräfte bzw. vermutete Verbindungen zu Gewalttätern.[10] Die Aufklärung extremistischer Gruppierungen linker[11] wie rechter[12] Couleur bedeutete im einzelnen, die Mitglieder dieser Organisationen zu identifizieren, ihre Absichten zu erkunden, ihren personellen "Rückverbindungen" nach Ostdeutschland nachzuspüren und die vermutete Steuerung dieser Gruppen durch westliche Geheimdienste aufzudecken.

Wie mit den solchermaßen aufgeklärten "Kräften" dann verfahren wurde, hing ganz von deren Stoßrichtung ab. Jegliche politisch motivierte Gewalt sollte schon im Ansatz bekämpft werden, sofern sie gegen die DDR gerichtet war. Versuchte eine Gruppierung, ihre Tätigkeit auf dem Boden der DDR zu entfalten, so wurde sie, wie das Beispiel der bundes-

---

[9] Der normative Begriff des "politischen Extremismus" steht in der westlichen Politikwissenschaft als "Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen [...], die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen". Uwe Backes und Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Band II: Analyse, Köln 1989, S. 33. Kritisch hierzu Hans-Gerd Jaschke: Streitbare Demokratie und innere Sicherheit, Opladen 1991. Das MfS übernahm diesen Begriff in den siebziger Jahren vom Standpunkt eines nicht-demokratischen Systems aus und adaptierte ihn, um damit diejenigen westlichen Gruppen als "extremistisch" zu bezeichnen, die dem politischen System der DDR kritisch bis feindlich gegenüberstanden und gleichzeitig eine militante Handlungsbereitschaft zu haben schienen. Der Terminus ersetzte damit eine Vielzahl anderer, spezifisch parteikommunistisch geprägter Begriffe wie "faschistisch", "konterrevolutionär", "linksopportunistisch" oder "trotzkistisch". Auf der linken Seite des politischen Spektrums umfaßte diese Interpretation des MfS alle deutlich links von der SPD stehenden Gruppierungen mit DDR-kritischer Ausrichtung. Dies schloß natürlich Organisationen wie die DDR-freundliche und nach politikwissenschaftlichen Kriterien linksextreme DKP und ihre Satellitenorganisationen nicht mit ein. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums umfaßte der Begriff die neonazistischen und dezidiert antikommunistischen Organisationen. Wegen der in diesem Kontext gegebenen Doppeldeutigkeit des Begriffs wird "Rechts-" bzw. "Linksextremismus" hier zumeist als MfS-Terminus verwendet und in Anführungszeichen gesetzt.

[10] Deswegen zeichnete die Diensteinheit zur "Terrorabwehr" auch verantwortlich für die links-alternative Tageszeitung (taz), bei der die Abteilung XXII gute Kenntnisse über den Linksextremismus vermutete und sich eine Bezugsquelle für authentische Bekennerschreiben linksterroristischer Gruppen erhoffte. Verantwortlich war die Diensteinheit auch für das ausgesprochen nicht-militante Sozialistische Büro. Einer überzogenen Gewaltdefinition geschuldet befürchtete der Staatssicherheitsdienst auch bei politisch gemäßigten Kräften eine Tendenz zu "Gewaltakten" gegen die DDR. Zu der ausufernden Interpretation "terrorristischer Gruppen" beigetragen haben könnte auch die Absicht der Abteilung XXII, auf diese Weise ihre Existenzberechtigung nachzuweisen und innerhalb des MfS möglichst viele Zuständigkeiten an sich zu ziehen.

[11] Vgl. Befehl 17/79 vom 8.12.1979 zur Aufklärung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung subversiver Pläne, Absichten und Maßnahmen linksextremistischer und trotzkistischer Organisationen, Gruppen und Kräfte (künftig: Befehl 17/79); BStU, ZA, Dokumentenstelle (künftig: DSt) 102619.

[12] Vgl. u.a. Dienstanweisung 1/81 vom 16.3.1981 zur Aufklärung, vorbeugenden Verhinderung, operativen Bearbeitung und Bekämpfung von Terror- und anderen operativ bedeutsamen Gewaltakten (künftig: Dienstanweisung 1/81), 31 S., hier S. 21-23; BStU, ZA, DSt 102735.

deutschen *KPD/ML* mit ihrer *Sektion DDR* zeigte, mit großem Aufwand kompromißlos bekämpft. Linke oder palästinensische Terrorgruppen jedoch, die in ihrer "antiimperialistischen" Stoßrichtung ausschließlich gegen den Westen agierten, duldete die Staatssicherheit großzügig und offerierte bisweilen sogar Hilfestellung.[13] Insbesondere palästinensische Terroristen fanden regelmäßig Unterschlupf in Ost-Berlin, durften dabei ihre Waffen mitführen und konnten ihre Anschläge auf den Westen auch vom DDR-Territorium aus vorbereiten. Diese "fortschrittlichen Kräfte", das heißt die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt sowie etliche "junge Nationalstaaten", betrachtete der SED-Staat vorrangig als Verbündete, was der grundsätzlichen Linie der Ostblockstaaten entsprach. Beschränkungen wurden den Terroristen nur auferlegt, wenn die DDR befürchten mußte, in den Augen der Weltöffentlichkeit der Unterstützung des Terrorismus überführt zu werden. Bei der Duldung solcher Aktivitäten spielte auch eine Besänftigungsstrategie gegenüber diesen international agierenden Terrorgruppen eine gewisse Rolle, die darauf zielte, die DDR unter allen Umständen von terroristischen Anschlägen frei zu halten. Im Ergebnis maß das Ministerium für Staatssicherheit seine "Bearbeitungsobjekte" mit ganz unterschiedlicher Elle: leiseste Anzeichen für Gewaltanwendung durch DDR-Bürger verfolgte es akribisch, ließ aber hochkarätige arabische Terroristen weitgehend unbehelligt agieren.

Anlaß für die Gründung der Abteilung XXII bildete der blutige Überfall palästinensischer Terroristen auf israelische Sportler während der Olympischen Spiele in München 1972. Das MfS befürchtete, daß auch die sozialistischen Staaten terroristische Gewalt auf sich ziehen könnten und schuf deshalb im Hinblick auf die Weltjugendfestspiele in Ost-Berlin im Folgejahr diese Diensteinheit zur "Terrorabwehr". Zwar erwies sich die Sorge um diese Großveranstaltung als völlig unbegründet, doch kam es auch innerhalb der DDR bisweilen zu "politisch motivierter Gewalt". So versuchten einzelne DDR-Bürger, durch die Geiselnahme von untergeordneten Parteifunktionären, ihre Ausreise in den Westen zu erzwingen;[14] ebenfalls durch Fluchtabsichten motiviert waren vierzehn Flugzeugentführungen (zwischen 1962 und 1973).[15] Die Grenzanlagen der DDR waren von westlicher Seite

---

[13] Dies zeigt sich auch in der Absicht der Abteilung XXII, die Terrorismusbekämpfung der demokratischen Staaten nicht etwa zu unterstützen, sondern sie bei ihrer Aufklärung des Terrorismus zu behindern und zu verunsichern. Vgl. Vorschlag von Horst Franz vom 12.2.1985 zur Durchführung einer Offensivmaßnahme gegen das Bundesamt für den Verfassungsschutz (OV "Reiter"); BStU, ZA, HA XXII 5619, Bl. 3 f.

[14] Vgl. Referat von Gerhard Neiber vom 25.1.1983 auf der Zentralen Dienstkonferenz des Arbeitsbereich Neiber (künftig: Referat Neiber 1983); BStU, ZA, HA XXII 5842, Bl. 458-680, hier 624 und 627.

[15] Von diesen vierzehn Versuchen waren vier erfolgreich. So bemächtigten sich Einzelpersonen zweier gewerblicher Maschinen ohne Passagiere in den Jahren 1964 und 1965 sowie einer Militärmaschine im Jahre 1969. Im gleichen Jahr entführten zwei DDR-Bürger gemeinsam ein polnisches Passagierflugzeug nach Berlin-Tegel. Alle anderen Täter wurden überwältigt bzw. von den Piloten über den Ort der Landung (innerhalb der DDR und nicht, wie gefordert, im Westen) getäuscht. Ein Marinesoldat beging nach einer solchermaßen vereitelten Flucht zusammen mit seiner Ehefrau Selbstmord (1970). Keiner der Entführer verknüpfte mit seiner "Republikflucht" weitergehende politische Ambitionen. Vgl. Einschätzung der Hauptabteilung VI über geplante, versuchte und gelungene Anschläge auf den zivilen Luftverkehr vom

aus zwischen 1975 und 1987 fünfmal Ziel von Sprengstoffanschlägen.[16] Für besonders gefährdet hielt man die Auslandsvertretungen der DDR.[17] Mit der terroristischen Bedrohung, der sich die westliche Welt zu erwehren hatte, war all dies aber nicht zu vergleichen - bei kaum einem Vorfall nahmen ostdeutsche Bürger Schaden an Leib oder Leben. Ein organisierter, geschweige denn militanter Widerstand mit revolutionärer Zielsetzung wie im Westen war innerhalb des stark repressiven politischen Systems der DDR undenkbar.[18] Der virulente internationale Terrorismus entwickelte sich hauptsächlich in der liberalen Gesellschaftsordnung des Westens und richtete sich fast ausschließlich gegen die demokratischen Staaten; daß er auf die DDR hätte "überschwappen"[19] können, war eine Möglichkeit, die hauptsächlich in der Perzeption des Staatssicherheitsdienstes existierte. Das übersteigerte, im Bereich der "Terrorabwehr" tendenziell paranoide Sicherheitsdenken des MfS erhielt durch die genannten Vorfälle aber ständig neue Nahrung.

Als präventive Maßnahme gegen terroristische Gefahren galten etwa die verstärkte Überwachung aller potentiellen "Gewalttäter" im Vorfeld von Jahrestagen der DDR oder anderen politischen Großereignissen.[20] Weitere Maßnahmen waren die Kontrolle des Einreise- und Durchreiseverkehrs (Fahndung) durch die Hauptabteilung VI (Paßkontrolle),[21] die sorgfältige Abstimmung und der Informationsaustausch mit den "Bruderorganen"[22] sowie der Einsatz inoffizieller Kräfte, Mittel und Methoden. Vor allem galt es geeignete "überörtlich

---

12.2.1973; BStU, ZA, HA VI 1432, Bl. 190-245. Siehe auch Focus Nr. 34/1995, S. 58 f. Andreas Schmidt: Alarm in Ost-Berlin. Interflug-203 entführt. Tatsachenroman über die erste Flugzeugentführung in der DDR, Böblingen 1989.

16 Vgl. Material zum Referat des Leiters der Delegation des MfS, Gerhard Neiber, auf der multilateralen Beratung der Bruderorgane vom 24.-27.11.1987 in Varna/Voksrepublik Bulgarien; BStU, ZA, HA XXII 18605, Bl. 40-248, hier 100.

17 Vgl. Entwurf einer Rede des Leiters der Delegation des MfS auf der Beratung der Bruderorgane zu Problemen der Bekämpfung des Terrorismus in Prag vom 3.-4.4.1979; BStU, ZA, HA XXII 5567, Bl. 65-213, hier 170.

18 Selbst der spektakulärste Fall, das vermeintliche Honecker-Attentat vom 31.12.1982, resultierte in Wirklichkeit aus der zufälligen Konfrontation eines "waffenvernarrten", alkoholisierten Autofahrers mit der Wagenkolonne des Staatsratsvorsitzenden. Der Zwischenfall war nicht als Attentat vorbereitet worden und besaß auch keinen politischen Hintergrund. Vgl. Jan Eik: Besondere Vorkommnisse. Politische Affairen und Attentate, Berlin 1995, S. 155-187.

19 Vgl. Rudolf Maerker: Angst vor dem Überschwappen des Terrorismus? Die DDR und der Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutschland Archiv 10 (1977), H. 12, S. 1248-1250.

20 Vgl. u.a. Schreiben von Gerhard Neiber vom 5.9.1984; BStU, ZA, DSt 103087.

21 Hier bestand sogar eine gesonderte Übereinkunft. Vgl. Koordinierungsvereinbarung von Abteilung XXII und Hauptabteilung VI vom 15.3.1988 über die Zusammenarbeit der Abteilung XXII und der Hauptabteilung VI zur Aufklärung, vorbeugenden Verhinderung, operativen Bearbeitung und Bekämpfung von Terror- und anderen operativ bedeutsamen Gewaltakten; BStU, ZA, HA XXII 5619, Bl. 52-60.

22 Vgl. Die Organisation einer wirksamen Terrorabwehr, Bl. 231.

einsetzbare IM" zu gewinnen, die in das terroristische Milieu eingeschleust werden sollten.[23] Die direkte "Bearbeitung" von "Feindorganisationen" erfolgte in Operativen Vorgängen (OV), die meist sämtliche Mitglieder der jeweiligen Gruppierung einschlossen. Die geringe Gesamtzahl von Operativen Vorgängen der Abteilung XXII bedeutete daher gleichwohl die Beobachtung einer relativ großen Personengruppe. Einzelpersonen wurden zumeist in Operativen Personenkontrollen (OPK) bearbeitet. Zentrale Operative Vorgänge (ZOV) legte die Abteilung XXII nur zögerlich an, obwohl dies die Position der Abteilung im Ministerium gestärkt hätte.[24] Unterhalb der Schwelle eines Operativen Vorganges wurden die Organisationen häufig auch in sogenannten Feindobjektakten (FOA) "bearbeitet", selbst nachdem diese als registrierte Aktenart am 1. Juni 1988 im gesamten Ministerium aufgehoben worden waren.[25]

2.1.2. Zuständigkeiten

Die Beobachtung und Kontrolle des politischen Extremismus konnten mit der Aufgabenstellung der HV A (Auslandsspionage) und der Hauptabteilung XX (Untergrund u. a.) überlappen. Eine eindeutige Zuständigkeit der Abteilung XXII war aber dann gegeben, wenn die Staatssicherheit glaubte, beim "Gegner" eine Bereitschaft zur Ausübung von Gewalt erkennen zu können: "Entscheidendes Kriterium dafür, daß sich die Abteilung XXII der Aufklärung, operativen Kontrolle und Bearbeitung von Stellen und Kräften des Operationsgebietes zuwendet, ist ein Terror- bzw. anderer operativ bedeutsamer Gewaltbezug."[26] Für den Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik beanspruchte die Abteilung daher die alleinige Zuständigkeit.[27] Die "Bearbeitung" von weniger militant eingeschätzten "Feindorganisationen" konnte auch durch eine andere Diensteinheit erfolgen, der Abteilung XXII jedoch die Beobachtung und Kontrolle der gewaltbereiten Mitglieder dieser Gruppierung obliegen. Bei der Umsetzung der "Terrorabwehr" (einschließlich der Durch-

---

[23] Vgl. Dienstanweisung 1/81, S. 23; Entwurf einer Dienstanweisung von 1977 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung von Terror- und anderen schwerwiegenden Gewaltakten (künftig: Entwurf Dienstanweisung 1977); BStU, ZA, HA XXII 865, o. Pag.

[24] Referat von Horst Franz vom 27.5.1986 auf der Aktivtagung/Dienstkonferenz, 40 S., hier S. 24; BStU, ZA, HA XXII 5250, o. Pag.

[25] Vgl. Maßnahmeplan der Abteilung XXII vom Mai 1988 zur Realisierung von Aufgabenstellungen aus der Dienstkonferenz zur weiteren Qualifizierung der Terrorismusbekämpfung im Operationsgebiet und der vorbeugenden Terrorabwehr in der DDR vom 11.5.1988; BStU, ZA, HA XXII 884, o. Pag. Zu den Erfassungsarten siehe auch David Gill und Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1991, S. 127-140; Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (BF informiert 3/1994, hrsg. vom BStU, Abt. Bildung und Forschung, Berlin 1994).

[26] Thesen zur Auswertung der multilateralen Beratung zu Problemen des sogenannten internationalen Terrorismus in Varna o.D. [Anfang Dezember 1987]; BStU, ZA, HA XXII 18118, Bl. 23-93, hier 28.

[27] Vgl. Geheime Verschlußsache 4/85 vom 15.2.1985: Bekämpfung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet, die subversiv gegen die DDR und andere sozialistische Staaten tätig sind (außer imperialistische Geheimdienste und kriminelle Menschenhändlerbanden) (künftig: GVS 4/85); BStU, ZA, DSt 103142.

führung Operativer Vorgänge) hatte die Abteilung XXII die anderen Diensteinheiten zu unterstützen.[28] Der Abteilung XXII kam ferner die Aufgabe zu, Maßnahmen zur "Terrorabwehr" im gesamten Ministerium in Abstimmung mit der HV A und den östlichen Geheimdiensten zu koordinieren.

Die verschiedenen Linien des MfS und die Abteilung XXII kooperierten eng und wirkten arbeitsteilig zusammen; teilweise fand dies seinen Niederschlag in regelrechten Koordinierungsvereinbarungen.[29] Da die meisten innerhalb der DDR verübten "Anschläge" im Zusammenhang mit Ausreiseabsichten von DDR-Bürgern standen, ergaben sich beispielsweise intensive Arbeitsbeziehungen mit der für die Bekämpfung von Flucht und Ausreise zuständigen ZKG (Zentrale Koordinierungsgruppe).[30] Eine gemeinsame Verantwortung mit der Hauptabteilung XX bestand schließlich in Fällen sogenannter "Untergrundtätigkeit" etwa der *Arbeitsgemeinschaft 13. August* und des *Brüsewitz-Zentrums*. Der intensive Austausch zwischen der Abteilung XXII und den anderen Linien des MfS wird durch den Sachverhalt belegt, daß 1987 etwa 60 Prozent der erarbeiteten Operativinformationen an andere Diensteinheiten übergeben wurden.[31] Gleichwohl nahm die

---

[28] Vgl. Dienstanweisung 1/81, S. 21-23; Entwurf Dienstanweisung 1977. Für eine "Momentaufnahme" der Verteilung von Zuständigkeiten s. Übersicht der auf der Dienstbesprechung des Leiters der Abteilung XXII zur Auswertung der Terrorismuskonferenz in Varna 1987 am 11.5.1988 durch den Stellvertreter des Ministers, Gerhard Neiber, gegebenen Orientierungen, gestellten politisch-operativen Aufgaben und festgelegten Verantwortlichkeiten; BStU, ZA, HA XXII 883, o. Pag.

[29] Diese Vereinbarungen bestanden beispielsweise zwischen der (Unter-)Abteilung XXII/8 und der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) vermutlich wegen der Abschöpfung arabischer Botschaftsangehöriger, zwischen der XXII/2 und der Hauptabteilung VII (Sicherung der Deutschen Volkspolizei/DVP) die Zuständigkeiten bei anonymen Drohanrufen betreffend, zwischen der AKG und der HVA/IX (Äußere Spionageabwehr) sowie der XXII/4 und der Hauptabteilung XIX (Verkehr, Nachrichtenwesen). - Vgl. Maßnahmeplan der Abteilung XXII vom Mai 1988 zur Realisierung von Aufgabenstellungen aus der Dienstkonferenz zur weiteren Qualifizierung der Terrorismusbekämpfung im Operationsgebiet und der vorbeugenden Terrorabwehr in der DDR vom 11.5.1988; BStU, ZA, HAXXII 884, o. Pag.; Entwurf des Leiters der Hauptabteilung Personenschutz, Günter Wolf, zu einer Koordinierungsfestlegung des Leiters der Hauptabteilung PS und des Leiters der Abteilung XXII zur Realisierung der Aufgaben gemäß dem Befehl 19/84 des Ministers; BStU, ZA, HA XXII 1136, Bl. 1-4. - Innerhalb der Hauptabteilung I (NVA, Grenztruppen) wurde unter Beteiligung des Leiters der Abteilung XXII/1, Oberstleutnant Eberhard Böttcher, eine nichtstrukturelle Arbeitsgruppe gebildet, die befürchtete Sprengstoffanschläge westdeutscher Neonazis auf die Grenzanlagen abwehren sollte. Vgl. Protokoll der Leiterberatung des Sekretariats der Abteilung XXII vom 29.6.1987; BStU, ZA, HA XXII 884, o. Pag.

[30] Vgl. Referat Neiber 1983, Bl. 643. Zur ZKG vgl. Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß und Roger Engelmann, Teil III/17), BStU, Berlin 1995.

[31] Vgl. Analytische Hinweise der Abteilung XXII vom 20.10.1987 zu Ergebnissen der politisch-operativen Arbeit und der Auswertungs- und Informationstätigkeit der Abteilung XXII im III. Quartal 1987; BStU, ZA, HA XXII 1733, Bl. 655-667, hier 664.

Abteilung XXII wegen der politischen Brisanz ihrer Tätigkeit innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit eine Sonderrolle ein. Die MfS-typische innere Konspiration wurde hier besonders weit getrieben; die interne Weitergabe personenbezogener Informationen war außergewöhnlich restriktiv geregelt. Der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) wurde beispielsweise auf eine Anfrage zu dem in der DDR untergekommenen *RAF*-Aussteiger Henning Beer nur mitgeteilt, daß diese Person mit der "Staatsangehörigkeit BRD" für die Diensteinheit erfaßt sei und "aktiv bearbeitet" werde.[32] Aus Sicherheitsgründen arbeitete die Abteilung XXII mit den örtlich zuständigen Diensteinheiten des MfS teilweise sogar legendiert zusammen.[33] Die besondere interne Abschirmung der mit dieser Angelegenheit befaßten Abteilung XXII/8 hat wohl dazu geführt, daß die "RAF-Stasi-Connection" außerhalb der Linie "Terrorabwehr" im MfS kaum publik wurde.

Die politische Brisanz des Arbeitsgegenstandes erforderte immer wieder Rückendeckung "von oben". Insbesondere das Vorgehen gegen die bundesdeutschen Linksterroristen erfolgte unter direkter Kontrolle des Abteilungsleiters und auf Bestätigung durch die höheren Leitungsebenen im Ministerium.[34] Die Auswahl der zu bearbeitenden "Zielobjekte" und die Grundkonzeption der in diesem Zusammenhang zu tätigenden Treffs bedurften der Zustimmung Neibers oder sogar Mielkes.[35] Für die weniger prominenten IM galt, daß die schriftliche Treffkonzeption vom Referatsleiter bestätigt werden mußte, wenn der IM aus der DDR kam. Stammte der IM dagegen aus dem Westen, brauchte die Planung des Treffs zumindest den Segen des jeweils zuständigen (Unter-)Abteilungsleiters.[36] Die Führungsoffiziere wurden zunächst an IM aus der DDR "geschult und qualifiziert", bevor sie auch Inoffizielle Mitarbeiter aus dem Westen führen durften.[37]

Als besonders wichtig wurde stets die Zusammenarbeit mit der HV A eingeschätzt; dies betraf vor allem die "Bearbeitung" des palästinensischen Terrorismus wie auch die Kooperation mit "jungen arabischen Nationalstaaten", die einige terroristische Organisationen

---

[32] Vgl. Schreiben von Günter Jäckel vom 10.3.1983 an ZAIG 5; BStU, ZA, HA XXII 456, Bl. 33.

[33] Vgl. Präzisierung der operativen Verantwortlichkeiten (Arbeitsgegenstände) der Referate 1 und 3 der Abteilung XXII/8 vom 28.6.1988 (Entwurf); BStU, ZA, HA XXII 5479, Bl. 1-8, hier 5.

[34] Vgl. u.a. Wichtige sicherheitspolitische Erkenntnisse der Abteilung XXII vom 13.6.1978 zu aktiven DDR-Rückverbindungen des zum 'führenden Kern' der anarchistisch-terroristischen 'Bewegung 2. Juni' in West-Berlin gehörenden Till Meyer; BStU, ZA, HA XXII 1191, Bl. 2-6, hier 6.

[35] Vgl. Referat Neiber 1983, Bl. 565. Mielke bestätigte beispielsweise auch, daß die RAF-Aussteigerin Inge Viett für das Jahr 1983 als IM zu werben sei. Vgl. Jahresplan 1983 der Abteilung XXII vom 23.12.1982; BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 1296-1338, hier 1304. Als "rechte Hand" von Neiber mit Zuständigkeit für die Abteilung XXII fungierte Oberstleutnant Gerhard Plomann. Vgl. Vorläufige Aufgabenstellung vom Juni 1980; BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 197, Bl. 86-89.

[36] Vgl. Analyse der Abteilung XXII vom 24.4.1987 zur Einschätzung der Wirksamkeit der IM-Arbeit in der Abteilung XXII - Stichtag: 31.12.1986 (künftig: Analyse der IM-Arbeit 1986); BStU, ZA, HA XXII 17846, Bl. 12-29, hier 23.

[37] Einschätzung der politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich der Abteilung XXII/1 vom 4.10.1982 für das Jahr 1982; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 146-168, hier 164 f.

beherbergten (insbesondere der Süd-Jemen). Hinsichtlich der Beobachtung des bundesdeutschen Linksextremismus lag die Federführung grundsätzlich bei der Abteilung XXII. Sie war zuständig für die Informationssammlung und -auswertung, während die HV A das "gezielte Eindringen" in die jeweilige Organisation zu gewährleisten hatte. Dabei notwendige "politisch-operative Maßnahmen" sollten gemeinsam abgestimmt werden.[38] Die Abgrenzung der Verantwortlichkeiten führte jedoch immer wieder zu Kompetenzkonflikten.[39]

Mit verschiedenen Geheimdiensten anderer sozialistischer Staaten bestanden schriftliche Vereinbarungen zur Kooperation bei der "Terrorabwehr".[40] Regelmäßige Expertenrunden sollten umfassend ausgewertet werden, um neue Erkenntnisse über den internationalen Terrorismus zu gewinnen und dessen vermutete Steuerung durch westliche Geheimdienste besser zu durchschauen.[41] Ein "ständiger Nachweis" der Übergabe von Nachrichten an die osteuropäischen Dienststellen diente wohl der Kontrolle des Abflusses von Informationen.[42] Allerdings darf das tatsächliche Ausmaß der Kooperation nicht überbewertet werden: Einer Statistik aus dem Jahre 1987 zufolge wurden durch die Abteilung XXII innerhalb von neun Monaten lediglich zwölf Operativinformationen direkt an die "Bruderorgane" übergeben.[43] Das MfS zögerte, dem anvisierten Aufbau eines einheitlichen Koordinierungszentrums für Terrorabwehr im Ostblock zuzustimmen.[44] Generalleutnant Gerhard Neiber empfahl den Ostblockstaaten Verbesserungen im bilateralen Informationsaustausch, aber auch eine verstärkte Nutzung des gemeinsamen elektronischen Informationsspeichers SOUD.[45] Einen

---

38 Vgl. Befehl 17/79, S. 3 f.

39 Vgl. u.a. die von Mielke bestätigten Vorschläge des Leiters der HA Kader und Schulung vom 16.12.1987 zur weiteren Erhöhung der Effektivität der politisch-operativen bzw. fachlichen Arbeit, zu denen Untersuchungen geführt werden sollten; BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 5, Bl. 127-131.

40 Vgl. Entwurf des Protokolls über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR und dem Föderalen Ministerium des Inneren der CSSR auf dem Gebiet der Bekämpfung der subversiven Tätigkeit des Gegners; BStU, ZA, HA XXII 1182, Bl. 199-208.

41 Vgl. Schreiben von Gerhard Neiber an Horst Franz vom 12.1.1988; BStU, ZA, HA XXII 884, o. Pag.

42 Maßnahmeplan der Abteilung XXII vom Mai 1988 zur Realisierung von Aufgabenstellungen aus der Dienstkonferenz zur weiteren Qualifizierung der Terrorismusbekämpfung im Operationsgebiet und der vorbeugenden Terrorabwehr in der DDR vom 11.5.1988; BStU, ZA, HA XXII 884, o. Pag.

43 Zeitraum 1.1.1987 - 29.9.1987. Die Gesamtzahl von Operativinformationen in diesem Zeitraum dürfte rund 210 betragen - die Zahl ist wegen Mehrfachnennungen der Verteiler nicht genau ersichtlich. Vgl. Analytische Hinweise der Abteilung XXII vom 20.10.1987 zu Ergebnissen der politisch-operativen Arbeit und der Auswertungs- und Informationstätigkeit der Abteilung XXII im III. Quartal 1987; BStU, ZA, HA XXII 1733, Bl. 655-667, hier 664.

44 Vgl. Thesen zur Auswertung der multilateralen Beratung zu Problemen des sogenannten internationalen Terrorismus in Varna o.D. [Anfang Dezember 1987]; BStU, ZA, HA XXII 18118, Bl. 23-93, hier 41.

45 Vgl. Referat von Gerhard Neiber als Leiter der Delegation des MfS auf der multilateralen Beratung der Bruderorgane vom 24.-27.11.1987 in Varna/Volksrepublik Bulgarien, 34 S., hier S. 32; BStU, ZA, HA XXII 865, o. Pag. SOUD steht für "System der vereinigten Erfassung von Informationen über den Gegner". Siehe hierzu Befehl 11/79 vom 7.6.1979; BStU, ZA, DSt 102571.

intensiven Austausch pflegte der Staatssicherheitsdienst mit denjenigen Ostblockstaaten, in denen sich der international gesuchte Top-Terrorist "Carlos" regelmäßig aufhielt.[46]

2.1.3. Struktur der Abteilung und der Linie

Im Jahre 1988, unmittelbar vor Vereinigung mit der Abteilung XXIII zur Hauptabteilung XXII, hatte die Abteilung folgende Struktur: Dem Leiter der Abteilung XXII, Oberst Horst Franz, unterstanden zwei Stellvertreter, die mit der Leitung der operativen (Unter-) Abteilungen betraut waren. Der erste Stellvertreter, Oberst Günter Jäckel, war seit 1981 für die mit linksextremen Organisationen befaßte Abteilung 8 zuständig (bis 1986 darüber hinaus auch für die dann aufgelöste Abteilung 3). Jäckel besaß als ehemaliger Mitarbeiter der Abteilung III der HV A Auslandserfahrung in arabischen Staaten und pflegte persönliche Kontakte zu Gerhard Neiber, dem seit 1980 für die Abteilung XXII zuständigen Stellvertreter des Ministers; insofern war er für diesen Posten gewissermaßen prädestiniert.[47]

Zum zweiten Stellvertreterbereich unter der Leitung von Horst Franz gehörten die "rechtsextreme" und konservative Gruppen bearbeitenden Abteilungen 1, 2 und 4. Nach der Beförderung von Franz zum Abteilungsleiter übernahm diese Position im Januar 1986 Oberstleutnant Horst Salewsky. Als weiterer stellvertretender Abteilungsleiter mit umfassenden Zuständigkeiten, aber ohne klar abgegrenzten Verantwortungsbereich fungierte zwischen 1976 und 1985 Oberst Klaus Achtenberg. Die Stellvertreter des Abteilungsleiters trugen für die besonders wichtigen Vorgänge in ihren Bereichen die persönliche Verantwortung.[48]

Die Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen operativen (Unter-)Abteilungen innerhalb der Abteilung XXII gestaltete sich in den achtziger Jahren folgendermaßen:

Abteilung 1:	Neonazistische Organisationen (in der Bundesrepublik)
Abteilung 2:	Aufklärung und Verfolgung anonymer und pseudonymer Drohungen mit Gewaltakten gegen die DDR
Abteilung 4:	"Rechtsextreme" und militant-antikommunistische Gruppen (insbesondere von Emigranten aus Ostblockstaaten)

---

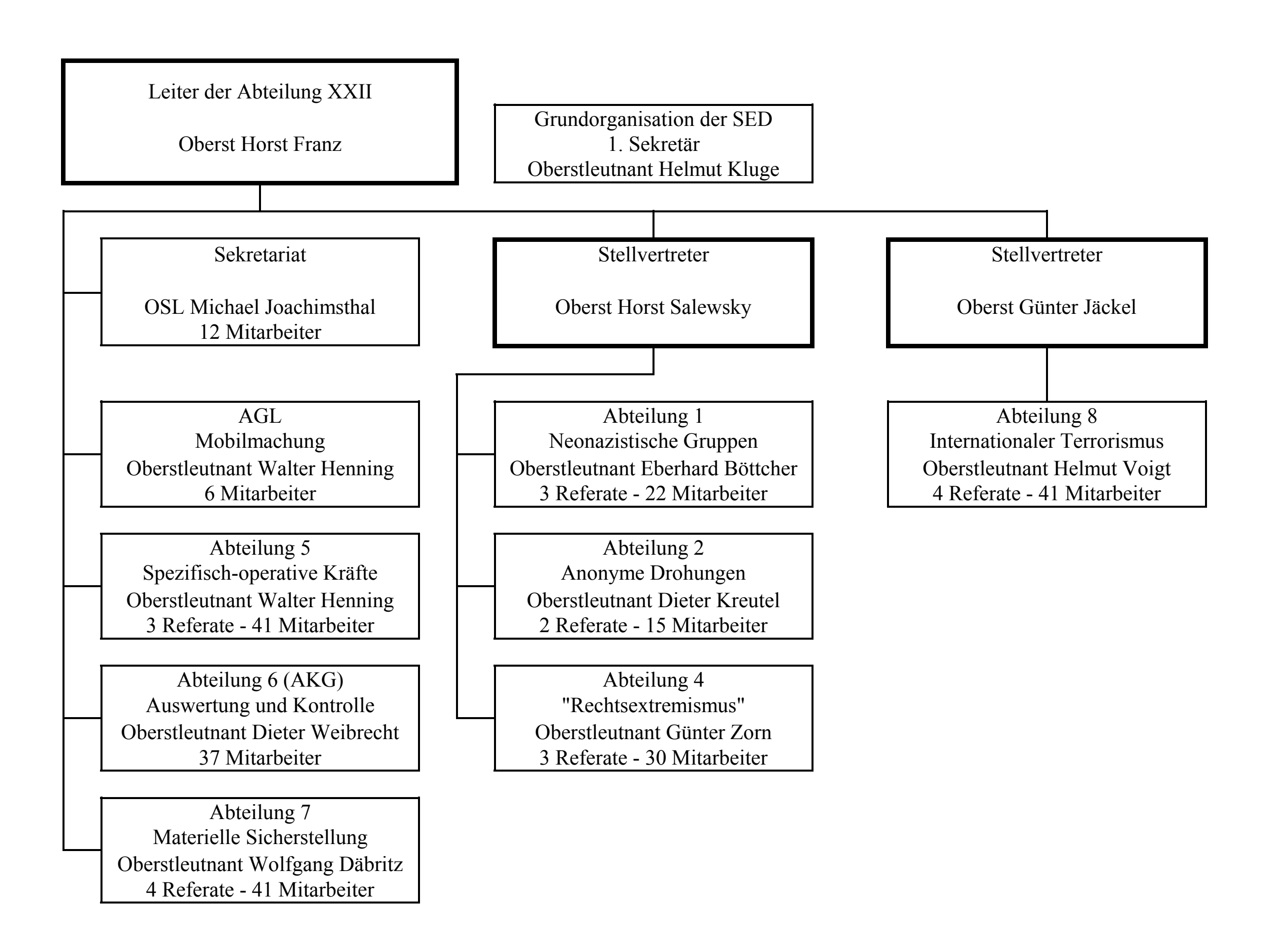
[46] Dies betrifft vor allem Ungarn. Vgl. u.a. BStU, ZA, HA XXII 5567, Bl. 65-77, 244-248, 465-492.

[47] Vgl. Siebenmorgen: "Staatssicherheit", S. 227. Die Abteilung III der HV A bildete die Residenturen der Auslandsspionage in "dritten Ländern".

[48] Vgl. Jahresplan 1986 des Leiters der Abteilung XXII vom 15.1.1986 (künftig: Jahresplan 1986); BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 425-484, hier 475-478.

(Abteilung 3: "Linksextreme", linksradikale und linke Gruppierungen; aufgelöst im September 1986)
Abteilung 8: (Links-)terroristische Gruppen (in Westeuropa und im Nahen Osten)[49]

Die Abteilung XXII 1988



Das Gewicht der einzelnen (Unter-)Abteilungen bestimmte sich nach dem Volumen ihrer operativen Tätigkeit, dem erarbeiteten Informationsaufkommen und der Zahl der eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen. Die umfangreichsten operativen Aufgaben hatten die Abteilungen 4 und 8 zu bewältigen. Hinsichtlich der Zahl der Operativen Vorgänge nahm die Abteilung 4 eine Spitzenstellung ein, während die Abteilung 8 fast so viele Operative Personenkontrollen durchführte wie alle anderen Abteilungen zusammen.

---

[49] Indes konnten Ressortegoismen und kurzfristige sachliche Erfordernisse dazu beitragen, daß von dieser Aufgabenteilung zeitweilig deutlich abgewichen wurde. Ein Beispiel hierfür ist die Anlage einer Operativen Personenkontrolle (OPK "Adel" 1987) zu einer Redakteurin der linken Tageszeitung (taz), die einen kritischen Artikel zu den DDR-Grenzanlagen verfaßt hatte, durch die Abteilung XXII/4 (nominell zuständig für "rechtsextreme" und militant-antikommunistische Gruppen).

Tabelle 1: *Operative Vorgänge, Operative Personenkontrollen und Feindobjektakten der Abteilung XXII (1988)*[50]

	Abt. 1	Abt. 2	Abt. 4	Abt. 8	gesamt
laufende OV:	4	2	15	9	30
laufende OPK:	29	2	28	56	116
laufende FOA:	13	2	4	15	34

Als Meßlatte für die Bedeutung der einzelnen Abteilungen kann ferner die Zahl der erarbeiteten Operativinformationen gelten. Mit 189 von insgesamt 324 gefertigten Dokumenten dieser Art (1988) produzierte die Abteilung 8 auch hier den größten Teil. Hinzu kommt, daß ihre Informationen, häufiger als die der anderen operativen (Unter-)Abteilungen, für Wert befunden wurden, an die vorgesetzten Instanzen (Erich Mielke und seinen zuständigen Stellvertreter Generalleutnant Gerhard Neiber) weitergeleitet zu werden.

Tabelle 2: *Weitergabe von in der Abteilung XXII erarbeiteten Informationen (1985)*[51]

Operative (Unter-) Abteilung	Operativ-Informationen insgesamt	davon an Mielke und Neiber absolut	in Prozent
Abt. 1	43	8	19
Abt. 2	29	7	24
Abt. 3	20	5	25
Abt. 4	23	3	13
Abt. 8	189	95	50
Sekretariat	12	12	100
AKG	8	6	75
gesamt	324	131	40

Mit Stand vom 30. September 1987 hatte die Abteilung XXII bei der Hauptabteilung VI insgesamt 3.142 Fahndungsersuchen (Reisesperren, operative Fahndungen, Sonderfahndungen und Hinweisfahndungen) eingeleitet. Auf die Abteilung 8 entfielen dabei 42 Prozent, auf die Abteilung 4 kamen 32 Prozent und auf die Abteilung 1 24 Prozent. Den Rest teilten sich die Abteilungen 2, AKG, Sekretariat und Leitung. Dies macht deutlich, daß die Abteilungen 8 und 4 im Verständnis der Staatssicherheit den gefährlichsten Gegner hatten. Die erwähnte Duldung des internationalen Terrorismus spiegelte sich vermutlich in der

---

50 Stand 28.12.1988. Die Gesamtzahl von 116 OPK ergibt sich durch einen weiteren Vorgang dieser Art, der vom Sekretariat der Abteilung durchgeführt wurde. Vgl. Jahresplan 1989 des Stellvertreters des Leiters der Abteilung XXII vom 9.12.1988 (künftig: Jahresplan 1989); BStU, ZA, HA XXII 5601, Bl. 165-177, hier 177.

51 Zeitraum 1.1.1985-22.11.1985. Vgl. Ergebnisse der Plankontrolle 1985 der AKG der Abteilung XXII vom 10.12.1985; BStU, ZA, HA XXII 5601, Bl. 246-263, hier 258.

Fahndungskategorie "Weiterreise nach Zustimmung"; diese war fast ausschließlich von der Abteilung 8 beantragt worden (insgesamt 56 mal).[52]

Mit der Abteilung 5 existierten innerhalb der Abteilung XXII sogenannte spezifisch-operative Kräfte, die "gleichermaßen politisch-operative und militärisch-operative Kampfaufgaben lösen" konnten[53]. Vergleichbare Einheiten wurden außerdem von der Hauptabteilung II/18 (Spionageabwehr) und vor allem von der AGM/S unterhalten. Anders als die letztgenannten Einheiten konnten die Kräfte der Abteilung XXII/5 jedoch nicht von anderen Abteilungen angefordert werden, sie standen vielmehr ausschließlich für die spezifischen Belange der Abteilung XXII zur Verfügung und wurden "vorgangsbezogen" eingesetzt.[54] Hauptsächlich waren sie mit der Durchführung von Beobachtungen und Kontrollmaßnahmen der auftraggebenden operativen (Unter-)Abteilungen der Diensteinheit befaßt. So wurden beispielsweise bei ausländischen Zielpersonen offen oder verdeckt "Sicherungsmaßnahmen" durchgeführt (besonders bei in der DDR befindlichen arabischen Terroristen im Auftrag der Abteilung 8).[55] Ferner waren sie an der Sicherung gesellschaftlicher Großereignisse[56], an der Bewachung der Dienstobjekte und am Schutz führender Repräsentanten der DDR beteiligt.[57] Die unmittelbare Abwehr terroristischer Angriffe blieb jedoch - mangels entsprechender Vorfälle - Übungsgegenstand.

Diese Einsatzkräfte (bzw. deren Vorgänger) waren spätestens seit 1977 existent.[58] Angeleitet wurden sie seit Februar 1980 von Oberstleutnant Walter Henning, zugleich Leiter der AGL.[59] Ihre Soll-Stärke lag bei 46 Mitarbeitern. Ihre tatsächliche Stärke belief sich 1988 auf 41 Hauptamtliche,[60] die sich in zwei gleich starke Kampfeinheiten sowie eine Wach- und Sicherungsgruppe (zum Schutz der Dienstobjekte) gliederte.[61] Das durchschnittliche Alter

---

52 Vgl. Analytische Hinweise der Abteilung XXII vom 20.10.1987 zu Ergebnissen der politisch-operativen Arbeit und der Auswertungs- und Informationstätigkeit der Abteilung XXII im III. Quartal 1987, Anlage 4; BStU, ZA, HA XXII 1733, Bl. 655-667.

53 Dienstanweisung 1/81, S. 23.

54 Vgl. Referat Neiber 1983, Bl. 644.

55 Vgl. Information der Abteilung XXII vom 20.5.1988 zu den Ergebnissen der durchgeführten Untersuchungen; BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 8, Bl. 261-268; Bericht zur Untersuchung gemäß der Anlage 1 des Maßnahmeplans o.D. [Ende 1988]; BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 5, Bl. 144-157.

56 Vgl. Stand der Planerfüllung für das 1. Halbjahr 1988 der Abteilung XXII/5 vom 7.7.1988; BStU, ZA, HA XXII 5601, Bl. 107-109.

57 Vgl. Befehl 19/84 vom 9.10.1984 zur Gewährleistung des zuverlässigen Schutzes der führenden Repräsentanten der DDR und deren ausländischen Gäste, 27 S., hier S. 23; BStU, ZA, DSt 103089.

58 Vgl. Jahresanalyse 1977 der Abteilung XXII vom 27.1.1978 über wesentliche Ereignisse und die Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit der Abteilung XXII, 13 S., hier S. 7; BStU, ZA, HA XXII 865, o. Pag.; Jahresplan 1979 des Leiters der Abteilung XXII vom 24.1.1979; BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 853-887 (unvollständig), hier 867.

59 Vgl. BStU, ZA, Dossier (künftig: Dos.) 1163/92, Bl. 17 (Walter Henning); BStU, ZA, HA Kader und Schulung (künftig: KuSch) 108, o. Pag.

60 Vgl. BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 5, Bl. 148.

61 Vgl. Information der Abteilung XXII vom 20.5.1988 zu den Ergebnissen der durchgeführten Untersuchungen; BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 8, Bl. 261-268.

der Mitarbeiter der Abteilung war sehr niedrig (1987 waren 70 Prozent der Mitarbeiter jünger als 25 Jahre). Bezeichnenderweise betrafen alle Disziplinarmaßnahmen, die etwa im Jahre 1987 gegen Mitarbeiter der Abteilung XXII verhängt wurden, ausnahmslos Angehörige der Abteilung 5.[62] Im Zuge der Bildung der Hauptabteilung XXII Anfang 1989 ging diese (Unter-)Abteilung im neu geschaffenen Bereich Kampfkräfte auf.[63]

Aufgabe der 37 Mitarbeiter starken AKG der Abteilung XXII unter der Leitung von Oberstleutnant Dieter Weibrecht war die analytische Aufbereitung und Auswertung aller in der Diensteinheit gewonnenen Erkenntnisse und die Leistungskontrolle der operativen (Unter-)Abteilungen. Spätestens seit 1986 existierte innerhalb der AKG ein gesondertes Lagezentrum. Es hatte die Aufgabe, einen aktuellen Überblick über die Entwicklungstendenzen des internationalen Terrorismus zu geben. Zu diesem Zweck wurden vor allem statistische Angaben zu Zeitpunkt, Art und Folgen von Anschlägen gesammelt. Auch die politische "Großwetterlage" im Zusammenhang mit den Aktivitäten terroristischer Gruppen wurde hier regelmäßig analysiert und bewertet.[64]

Die logistische Sicherstellung der gesamten Diensteinheit gewährleistete die Abteilung XXII/7, die seit Mai 1985 von Oberstleutnant Wolfgang Däbritz angeleitet wurde. Sie gliederte sich in die Referate Kfz-Dienst, Materielle Sicherstellung/Werterhaltung und in zwei für die Versorgung der konspirativen Objekte der Abteilung zuständige Referate.[65] Leiter des Sekretariats war seit Februar 1987 Oberstleutnant Michael Joachimsthal. Aufgabe dieser Diensteinheit war auch die Absicherung der konspirativen Objekte der Abteilung.[66]

Als Liniendiensteinheit waren der Abteilung XXII in den Bezirksverwaltungen Mitte der achtziger Jahre jeweils maximal acht Mitarbeiter nachgeordnet (siehe auch Tabelle 9 im Anhang). Diese Arbeitsgruppen XXII waren als "Spezialisten für Terrorabwehr" auf Be

---

62 Ebenda, Bl. 42. Insgesamt wurden ein "strenger Verweis" und fünf "Verweise" erteilt. Ihrem geringen Lebensalter und ihrer eher praktischen Aufgabenstellung zufolge wurde ihnen außerdem ein "bildungsmäßiger Nachholbedarf" attestiert. Vgl. Bericht der Abteilung XXII vom 11.11.1987 über die Erfüllung der Aufgaben der Kaderarbeit im Jahre 1987; BStU, ZA, HA XXII 5619, Bl. 38-51, hier 43 und 48.

63 Vgl. Referat von Horst Franz zum Befehl 3/89 vom 31.1.1989, 27 S., hier S. 11; BStU, ZA, HA XXII 884, o. Pag.

64 Vgl. u.a. Analyse des Lagezentrums der Hauptabteilung XXII vom 28.7.1989 zu bekanntgewordenen terroristischen Angriffen gegen die internationale Zivilluftfahrt im 1. Halbjahr 1989; BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 13, Bl. 75-82.

65 Vgl. BStU, ZA, HA KuSch 108, o. Pag.

66 Vgl. Einschätzung des Sekretariats der Hauptabteilung XXII vom 10.10.1989 zur politisch-operativen Lage im Sekretariat; BStU, ZA, HA XXII 5934, Bd. 2, Teil 1, Bl. 117-124.

zirksebene beratend tätig und sollten den Überblick über das örtliche Geschehen behalten.[67] Sie waren aber auch gehalten, eigene operative Aufgaben zu übernehmen - "in erster Linie ganz konkrete operative Arbeit an Vorgängen und OPK".[68] Außerdem hatten sie die einschlägige Vorgangsarbeit der anderen Diensteinheiten zu unterstützen und in Fällen akuter Bedrohung (zum Beispiel Geiselnahme) die Leiter der Bezirksverwaltungen zu beraten sowie die Zusammenarbeit aller Diensteinheiten zu organisieren.[69] Dienstlich unterstellt waren die Arbeitsgruppen XXII dem Leiter der Bezirksverwaltung oder dessen Stellvertreter Operativ, wurden aber von der Abteilung XXII des MfS Berlin fachlich angeleitet.[70] Diese Verschränkung von "Linienzuständigkeit" und territorialer Verantwortung vollzog sich nicht immer reibungslos.[71] Dem Leiter einer Arbeitsgruppe XXII[72] unterstanden gewöhnlich zwei IM-führende operative Mitarbeiter, von denen einer auf die "Bearbeitung" anonymer Drohanrufe spezialisiert war, sowie eine Sekretärin.[73] Der Mitarbeiterbestand aller AG XXII zählte im Jahre 1988 insgesamt 69 Personen und betrug damit nur etwa 20 Prozent aller im MfS auf der Linie XXII eingesetzten Mitarbeiter. Im Vergleich mit anderen operativen Linien des MfS war die Linie "Terrorabwehr" somit durch eine ausgeprägte "Kopflastigkeit" gekennzeichnet. Obwohl personell ungleich schwächer besetzt als die Abteilung XXII in Berlin führten die Arbeitsgruppen XXII die beachtliche Zahl von insgesamt 20 Operativen Vorgängen durch (im Vergleich zu durchschnittlich etwa 30 Vorgängen dieser Art in der Zentrale); hier wirkte ihre ausschließlich lokale Zuständigkeit arbeitserleichternd. Eine etwa gleich große Zahl von OV und OPK der Abteilung XXII in Berlin betraf, obwohl nach Westen gerichtet, auch die verschiedenen Bezirke der DDR.

---

67 Im MfS-Deutsch bedeutete dies "deliktspezifische OV/OPK der Diensteinheiten der BV über die AKG der BV unter Kontrolle zu bringen". Referat von Horst Franz vom 27.5.1986 auf der Aktivtagung/Dienstkonferenz, 40 S., hier S. 25; BStU, ZA, HA XXII 5250, o. Pag.

68 Schlußwort von Gerhard Neiber vom 26.1.1983 auf der Dienstkonferenz am 25./26.1.1983; BStU, ZA, HA XXII 5842, Bl. 682-718, hier 715.

69 Vgl. Referat Neiber 1983, Bl. 610 und 645-660; Aufgabenstellung des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden vom 6.5.1981 zur Durchsetzung der Dienstanweisung 1/81; BStU, ZA, HA XXII 1767, Bl. 89-96.

70 Vgl. Dienstanweisung 1/81, S. 24.

71 Vgl. Referat von Günter Jäckel o.D. [Ende 1983]; BStU, ZA, HA XXII 5250, o. Pag.

72 Als Leiter der AG XXII fungierten im Januar 1983 Oberstleutnant Berndt (Cottbus), Oberstleutnant Böttcher (Frankfurt/Oder), Major Dittrich (Halle), Major Dumke (Schwerin), Major Engelmann (Dresden), Major Eylenstein (Erfurt), Oberstleutnant Förster (Magdeburg), Major Hahn (Karl-Marx-Stadt), Hauptmann Heischkel (Leipzig), Major Hoffmann (Suhl), Oberstleutnant Jaschke (Gera), Major Jessau (Potsdam), Oberleutnant Reiche (Neubrandenburg), Oberstleutnant Wenslawski (Rostock) und Oberstleutnant Zielske (Berlin). Vgl. BStU, ZA, HA XXII 5842, Bl. 405.

73 Vgl. Bericht der AKG der Hauptabteilung XXII vom 27.4.1989 zu den Konsultationen in den Arbeitsgruppen XXII in den Bezirksverwaltungen; BStU, ZA, HA XXII 883, o. Pag.

Tabelle 3: *Vorgänge auf Bezirksebene "zum Arbeitsgegenstand der XXII" (1984/85)*[74]

	AG XXII		Abt. XXII		andere Linien BV		gesamt	
	OV	OPK	OV	OPK	OV	OPK	OV	OPK
Berlin	4	3	1	3	1	-	6	6
Cottbus	2	5	-	-	3	-	5	5
Dresden	3	1	-	-	4	4	7	5
Erfurt	2	-	-	2	6	1	8	3
Frankfurt/O.	1	6	-	-	-	-	1	6
Gera	2	2	-	-	-	3	2	5
Halle	-	3	-	-	3	-	3	3
Karl-Marx-Stadt	2	4	7	9	26	23	35	36
Leipzig	-	2	3	3	3	8	6	13
Magdeburg	2	1	-	-	2	3	4	4
Neubrandenburg	-	-	2	-	1	2	3	2
Potsdam	1	-	5	8	4	10	10	18
Rostock	-	1	-	-	-	-	-	1
Schwerin	1	1	-	-	1	1	2	2
Suhl	-	-	2	-	6	1	8	1
gesamt	20	29	20	25	60	56	100	110

2.1.4. Hauptamtliche und Inoffizielle Mitarbeiter

Genaue Angaben zur Alterszusammensetzung der 248 hauptamtlichen Mitarbeiter liegen für 1988 nicht vor. 1983 lag der Altersdurchschnitt vergleichsweise niedrig, 60 Prozent der Mitarbeiter hatten das dreißigste Lebensjahr noch nicht erreicht (im gesamten MfS waren dies unter 50 Prozent), ein Drittel war sogar jünger als 25 Jahre.[75] Von den insgesamt 18 Referatsleitern in der Abteilung XXII verfügte im Jahre 1987 die Hälfte über einen Hochschulabschluß, drei weitere befanden sich in der Hochschulausbildung.[76] Bezogen auf die Gesamtzahl der Mitarbeiter betrug der Anteil von Offizieren mit abgeschlossenener oder laufender Hoch- bzw. Fachschulausbildung zu diesem Zeitpunkt 29 Prozent.[77] Der Frauenanteil war, wie in operativen Diensteinheiten üblich, gering und lag 1989 bei lediglich 10 Prozent.

---

[74] Vgl. OV/OPK der AG XXII sowie OV/OPK anderer Diensteinheiten zum Arbeitsgegenstand der Abteilung XXII o.D. [1985]; BStU, ZA, HA XXII 1767, Bl. 15. In Berlin, Erfurt, Halle, Karl-Marx-Stadt, Neubrandenburg und Schwerin war der genaue Stichtag der 30.6.1984, für die übrigen Bezirksverwaltungen war es der 31.1.1985. Der regionale Schwerpunkt Karl-Marx-Stadt steht vermutlich in Zusammenhang mit der dort vergleichsweise restriktiven Genehmigungspraxis von Ausreiseanträgen. Siehe auch Bernd Eisenfeld: Widerständiges Verhalten im Spiegel von Statistiken und Analysen des MfS, in: Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann (Hrsg.): Aktenlage, Berlin 1995, S. 157-176, hier S. 168 f.

[75] Vgl. Referat des Leiters der Abteilung XXII zur Dienstbesprechung vom 28.2.1983; BStU, ZA, HA XXII 5842, Bl. 66-114, hier 108; BStU, ZA, HA KuSch Abt. Plg. 18 (III).

[76] Vgl. Bericht der Abteilung XXII vom 11.11.1987 über die Erfüllung der Aufgaben der Kaderarbeit im Jahre 1987; BStU, ZA, HA XXII 5619, Bl. 38-51, hier 46.

[77] Ebenda, Bl. 48.

Während die von der Abteilung XXII bearbeiteten Feindorganisationen fast ausnahmslos im Westen aktiv waren, stammten die Inoffiziellen Mitarbeiter hauptsächlich aus der DDR. Von den 161 IM, die ihr im Jahre 1986 zur Verfügung standen, befanden sich lediglich 35 im Westen, vornehmlich in der Bundesrepublik.[78] Aufgrund der starken ideologischen Determination des bearbeiteten Milieus hatte die Diensteinheit dort teilweise mit erheblichen Werbungsschwierigkeiten zu kämpfen. Außerdem sprachen auch Vorteile bei der Konspiration dafür, inoffizielle Quellen lieber im Osten Deutschlands zu werben. Die Treffs mit den Inoffiziellen Mitarbeitern fanden grundsätzlich innnerhalb der DDR statt; IM aus dem Westen mußten hierzu eigens in die DDR einreisen. Angesichts der politischen Brisanz der Zusammenkünfte wurde den Regeln der Konspiration hierbei besondere Aufmerksamkeit geschenkt.[79] Auffällig ist der hohe Anteil der bedeutsamen Inoffiziellen Mitarbeiter mit direktem "Feindkontakt" (IMB).[80] Die Verteilung der IM der Abteilung XXII auf ihre verschiedenen (Unter-)Abteilungen belegt abermals den Stellenwert der Abteilung 8.

Tabelle 4: *Inoffizielle Mitarbeiter der Abteilung XXII nach Abteilungen (1988)*[81]

	Abt. 1	Abt. 2	Abt. 4	Abt. 8	Sekretariat	gesamt
IMB	17	1	16	37	4	75
IME	1	-	7	1	1	10
IMS	22	16	41	48	13	140
GMS	1	3	2	6	6	18
IMK	32	17	56	63	7	175

78 Die Zahl umfaßt IMB (Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindkontakt), IME (Inoffizieller Mitarbeiter für besondere Einsätze) und IMS (Inoffizieller Mitarbeiter für Sicherheit). Vgl. Analyse der IM-Arbeit 1986, Bl. 21.

79 Ebenda.

80 Die IMB machten ein Drittel aller Inoffizieller Mitarbeiter der "Terrorabwehr" aus (der Kategorien IMB, IME und IMS), während ihr Anteil im gesamten Staatssicherheitsdienst (allerdings ohne HVA/Auslandsspionage) nur 3,6 Prozent betrug. Vgl. Helmut Müller-Enbergs: IM-Statistik 1985-1989 (BF informiert 3/1993, hrsg. vom BStU, Abt. Bildung und Forschung, Berlin 1993), S. 9. Ihr überdurchschnittliches Gewicht gilt für alle operativen (Unter-)Abteilungen, insbesondere für die Abteilung 8 (linke und palästinensische Terrorgruppen), nicht jedoch für die Abteilung 2, da diese hauptsächlich mit der Aufklärung anonymer Drohanrufe innerhalb der DDR befaßt war.

81 Stand 28.12.1988. Vgl. Jahresplan 1989, Bl. 177. GMS steht für die Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit. Die Kategorie IMK (Inoffizieller Mitarbeiter für Konspiration) umfaßt hier insgesamt 61 konspirative Wohungen (IMK/KW), 58 Deckadressen (IMK/DA), 40 Decktelefone (IMK/DT) und 16 Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration (IMK/S).

2.2. Die Vereinigung der Abteilungen XXII und XXIII (AGM/S) zur Hauptabteilung XXII im Jahre 1989

Bildung der Hauptabteilung

Trotz der nominellen Zuständigkeit sowohl der Abteilung XXII als auch der AGM/S für die Abwehr von Terrorhandlungen war bis 1989 die konkrete Zielstellung beider Diensteinheiten grundverschieden. Während die Abteilung XXII terroristische Organisationen in geheimdienstlicher Manier aufzuklären hatte, oblag der AGM/S unter der Leitung von Generalmajor Heinz Stöcker die militärische Bekämpfung von etwaigen Attentätern bzw. Geiselnehmern im konkreten Konfliktfall durch entsprechend ausgebildete und bewaffnete Kräfte (Zentrale Spezifische Kräfte/ZSK). Die Abteilung XXII hatte trotz ihrer operativen Bedeutung keinen Zugriff auf die Einheiten der AGM/S. Neiber erklärte noch im Jahre 1983: "Die Federführung der Abteilung XXII erfaßt nicht den Einsatz der nichtstrukturellen und strukturellen spezifisch ausgebildeten Kräfte zur Bekämpfung erfolgter Terror- und anderer operativ bedeutsamer Gewaltakte mit militärisch-operativen Mitteln. Wenn eine Bekämpfung durch spezifisch ausgebildete Kräfte notwendig ist, dann fällt das unter die Verantwortung der AGM/S. Eine Verwischung der Verantwortung [...] darf es hier nicht geben."[82]

Die AGM/S wurde mit Wirkung vom 1. April 1988 in Abteilung XXIII umbenannt.[83] Dabei blieb es jedoch nicht, weil bei einer Untersuchung der Zentralen Spezifischen Kräfte der Diensteinheit[84] erhebliche Defizite festgestellt wurden.[85] Da Stöcker aus gesundheitlichen Gründen zur Ausübung seines Dienstes nicht mehr in der Lage war, wurde zunächst Oberst Günter Rosenow von Neiber im Oktober 1988 mit der Leitung der Abteilung XXIII beauftragt.[86] Schon am 1. März 1989 wurde die Abteilung XXIII der Abteilung XXII unterstellt und die so entstandene Diensteinheit zur Hauptabteilung aufgewertet.

---

82 Referat Neiber 1983, Bl. 644.

83 Vgl. Befehl 4/88 vom 13.4.1988; BStU, ZA, DSt 103471.

84 Vgl. BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 8; bes. Untersuchungsergebnisse und Entscheidungsvorschläge des Leiters der Abteilung XXIII, Heinz Stöcker, vom September 1988 zur Aufgabenstellung des Genossen Ministers vom 26.2.1988; BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 8, Bl. 96-120.

85 Die Abteilung war in das gesamte Ministerium schlecht integriert, die internen Zuständigkeiten waren lediglich informell geregelt, die Disziplin der Mitarbeiter galt als ungenügend und mehrere Diebstähle waren dem Bereich Disziplinar der Hauptabteilung Kader und Schulung nicht gemeldet worden. Vgl. Redemanuskript zum Referat von Gerhard Neiber vom 19.10.1988; BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 8, Bl. 346-396, hier 372; Bericht des Stellvertreters des Leiters der Abteilung XXIII, Günter Rosenow, vom 8.8.1988 über die Feststellung, durchgeführten Maßnahmen, Zusammenhänge und Hintergründe von Diebstahlhandlungen durch Unteroffiziere auf Zeit im Dienstobjekt Biesenthal; BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 8, Bl. 310-322.

86 Vgl. Redemanuskript zum Referat von Gerhard Neiber vom 19.10.1988; BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 8, Bl. 346-396, hier 374.

Ziel der Zusammenführung waren eine erhöhte Effektivität in der Terrorismusbekämpfung, eine Verringerung des Koordinierungsaufwandes und eine verbesserte Nutzung von Dienstobjekten.[87] Die Linie XXII war von jetzt an zusätzlich verantwortlich für die verdeckte Bewachung von In- und Auslandsflügen der Interflug, die sogenannte Flugsicherungsbegleitung.[88] Außerdem übernahm sie Kompetenzen in der Ausbildung (Tauchen, Sprengen und spezifischer Zweikampf) von der Hauptabteilung Kader und Schulung. Zuständig wurde die Hauptabteilung XXII ferner für die fachliche Anleitung der Kampfkräfte der Hauptabteilungen I, II und VI.[89]

Die Mitarbeiter der Hauptabteilung XXII wurden fast ausschließlich aus dem Personalbestand der beiden bisher getrennten Abteilungen rekrutiert. Durch diese Zusammenführung vergrößerte sich in den letzten Monaten vor der "Wende" die Zahl der Mitarbeiter der Hauptabteilung XXII noch auf 878 Hauptamtliche in der Zentrale bzw. auf 997 Mitarbeiter in der gesamten Linie XXII (31.10.1989). Die personelle Zusammensetzung des Kaderbestandes war infolge der bisher divergierenden Zielstellung der beiden jetzt vereinigten Diensteinheiten sehr unterschiedlich. Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (HIM) - sie wurden erst seit 1986 in den Personalstatistiken erfaßt - existierten nur in der Abteilung XXII (vier Personen). Dem Arbeitsgegenstand entsprechend (konspirativ organisiertes Milieu im Westen mit militanten Tendenzen) waren dort vermutlich keine (oder nur sehr wenige) Offiziere in besonderem Einsatz (OibE) tätig; erst mit der Bildung der Hauptabteilung wurden 63 Mitarbeiter dieser Kategorie aus der Abteilung XXIII übernommen.[90] Zivilbeschäftigt war in der Abteilung XXII eine Person; vier weitere kamen durch die Vereinigung hinzu. Die nur auf Linie XXIII vorhandenen 134 Unteroffiziere auf Zeit sollten - Folge auch einiger disziplinarischer Verstöße - ab 1988 nur noch in "ausgewählten sicherstellenden Funktionen im Wach- und Sicherungsdienst" eingesetzt werden. Auf die weitere Qualifikation gerade von Angehörigen der Abteilung XXIII legte man großen Wert: Ein Fernstudium an der Fachschule des MfS mit spezifisch-operativer Fachrichtung absolvierte im Herbst 1988 immerhin jeder vierte der Berufssoldaten (BU/BO).[91] Der Vereinigungsprozeß der beiden Abteilungen nahm mehrere Monate in Anspruch und war bis zur "Wende" wohl noch nicht abgeschlossen. Das SED-Regime lag

---

87 Vgl. Befehl 3/89 vom 25.1.1989 (Gründungsbefehl der HA XXII) (künftig: Befehl 3/89); BStU, ZA, DSt 103551; Schreiben von Gerhard Neiber an Erich Mielke vom 12.1.1989; BStU, ZA, HA XXII 18121, Bl. 14-15; Hinweise des Leiters der ZAIG, Werner Irmler, an Gerhard Neiber vom 11.1.1989 zum Entwurf des Befehls zur Bildung der HA XXII; BStU, ZA, HA XXII 18121, Bl. 60 f.

88 Vgl. Auskunftsbericht zum Arbeitsgegenstand und Aufgaben der Diensteinheit XXII des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit vom 23.1.1990; BStU, BF-Dokumentenstelle, o. Signatur.

89 Vgl. Befehl 3/89.

90 Vgl. BStU, ZA, HA KuSch Abt. Plg. o. Signatur.

91 Vgl. Redemanuskript zum Referat von Gerhard Neiber vom 19.10.1988; BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 8, Bl. 346-396, hier 378 und 384.

schon in den letzten Zügen, als am 31. Oktober der Struktur- und Stellenplan der Hauptabteilung XXII fertiggestellt wurde.[92]

Innere Struktur

Leiter der Hauptabteilung XXII wurde der Leiter der ehemaligen Abteilung XXII Oberst Horst Franz. Ihm unterstanden drei Stellvertreterbereiche (für operative Arbeit, für militärisch-operative Terrorabwehr und für Sicherstellung). Als Funktionalorgan unterstand ihm außerdem direkt - wie in operativen Diensteinheiten üblich - eine Auswertungs- und Kontrollgruppe (mit 41 Planstellen). Diese wurde von Oberstleutnant Dieter Weibrecht geführt, der bereits seit 1985 Leiter der AKG der Abteilung XXII gewesen war. Hinzu kamen ein Sekretariat (41 Planstellen), die Arbeitsgruppe des Leiters und ein Referat Finanzen (je 4 Planstellen) sowie ein Offizier für Sonderaufgaben. Durch die Vereinigung gab es nun auch eine "Zentrale Gruppe Verhandlungsführung" (ZGV), die auf der Ebene der Bezirksverwaltungen teilweise ein territoriales Äquivalent (TGV) besaß. Diese nichtstrukturelle Einheit, bestehend aus einem Leiter, seinen Beratern und Technikern, sollte im Falle von Geiselnahmen die unmittelbare Verhandlungsführung mit den Tätern übernehmen.[93]

Der Stellvertreterbereich für operative Arbeit war mit der vormaligen Abteilung XXII großteils identisch. Zielstellung, Mitarbeiterstab und Profil dieses Bereichs entsprachen weitgehend den operativen (Unter-)Abteilungen der Abteilung XXII. So blieben die Abteilungen 1 (zuständig für Neonazismus), 4 (befaßt mit anderen "rechtsextremen", rechtsradikalen und antikommunistischen Gruppen) und 8 (internationaler Linksterrorismus) im großen und ganzen unverändert. Lediglich die Abteilung 2 (Aufklärung anonymer Drohanrufe) wurde, wie bereits erwähnt, im Februar 1989 in die Abteilung 4 überführt. Für den Leiterposten dieses Stellvertreterbereichs war zunächst der bisherige 1. Stellvertreter der Abteilung XXII, Oberst Günter Jäckel, vorgesehen, der dann jedoch aufgrund privater Verfehlungen[94] oder abteilungsinterner Intrigen[95] ab 1. März 1989 zur Hauptabteilung II

---

[92] Vgl. Struktur- und Stellenplan der Hauptabteilung XXII vom 31.10.1989 (künftig: Struktur- und Stellenplan); BStU, ZA, HA XXII 5553, Bl. 2-60.

[93] Vgl. 7. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung 1/81 vom 8.8.1985; BStU, ZA, DSt GVS MfS 0008-41/87; Festlegungen des Leiters der AGM/S vom 6.4.1987 zur Planung, Organisation und Durchführung des Bereitschaftssystems der nichtstrukturellen Zentralen Gruppe Verhandlungsführung des MfS; BStU, ZA, HA XXII 6151, Bd. 2, Bl. 131-133; Lageeinschätzung der ZGV der Hauptabteilung XXII vom 10.10.1989; BStU, ZA, HA XXII 5934, Bd. 2, Teil 1, Bl. 206-209. Für den Fall einer Geiselnahme waren Handlungsoptionen und Informationswege des MfS minutiös geregelt. Vgl. Nachschlagematerial des Stellvertreter des Ministers Gerhard Neiber vom 20.2.1984 zur Bekämpfung von Geiselnahmen/Entführungen durch territoriale Diensteinheiten des MfS; BStU, ZA, DSt 103031.

[94] Vgl. Wochenpost vom 25.3.1993, S. 6.

[95] Vgl. Siebenmorgen: "Staatssicherheit", S. 218.

versetzt wurde. An seine Stelle trat Oberstleutnant Frank Mosig, der damit zugleich 1. Stellvertreter des Abteilungsleiters wurde.[96]

Als Stellvertreter für militärisch-operative Terrorabwehr wurde Oberstleutnant Klaus Bützow eingesetzt. Der Mitarbeiterstab und die Aufgabenstellung dieses Bereichs entsprachen prinzipiell dem der vormaligen Abteilung XXIII bzw. AGM/S, wenn auch die inneren Strukturen divergierten. Bützow unterstanden zwei Bereiche (Kampfkräfte und Ausbildung), die von eigenen Leitern geführt wurden. Der erstgenannte Bereich wurde durch Oberst Günter Rosenow angeleitet, zuvor beauftragter Leiter der Abteilung XXIII. Ihm unterstand das Referat 13 (Objektsicherungskräfte) sowie die Abteilungen 2, 3 und 9. Sie umfaßten die zentralen Kampfkräfte der Hauptabteilung, die zuvor überwiegend Bestandteil der Abteilung XXIII bzw. AGM/S gewesen waren bzw. teilweise zur Abteilung XXII/5 gehört hatten. Als Leiter der Abteilungen 2 und 9 wurden der langjährige Mitarbeiter der AGM/S Oberstleutnant Gerald Rabis und Major Klaus-Peter Meinel berufen. Die gleichlautende Aufgabenstellung der beiden Abteilungen lautete: "militärisch-operative Bekämpfung" etwaiger terroristischer Anschläge in der DDR, Sicherung gesellschaftlicher Großereignisse, Beteiligung am Schutz führender Repräsentanten von Staat und Partei, Bewachung der Auslandsvertretungen der DDR sowie Durchführung "spezifischer Kampfaufgaben" im Kriegsfall[97] einschließlich der Ausführung subversiver Akte gegen die Bundesrepublik.[98] Die Personalstärke der beiden Abteilungen sollte, so war geplant, bei je 114 Mitarbeitern liegen. Strukturiert waren sie in jeweils vier Einsatzkommandos mit je 27 Mitarbeitern. Von den Kampfkräften der Hauptabteilung XXII befanden sich 19 Mann rund um die Uhr in Einsatzbereitschaft.[99] Die Koordination ihrer Einsätze übernahm - in Absprache mit dem Lagezentrum - die Einsatzführungsgruppe (EFG), die seit März 1989 innerhalb des Bereichs Kampfkräfte existierte.[100]

Die Abteilung 3, ebenfalls dem Bereich Kampfkräfte unterstellt, war zuständig für die Sicherung der Flüge der DDR-Luftfahrtsgesellschaft Interflug (innerhalb der DDR sowie nach Polen, Ungarn und in die Tschechoslowakei). Die unter Legende arbeitenden Mitarbeiter sollten etwaige Entführungsversuche schon im Ansatz unterbinden. Zu diesem Zweck

---

96 Siehe auch Struktur- und Stellenplan.

97 Vgl. Struktur- und Stellenplan.

98 Vgl. Thomas Auerbach: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS (hrsg. vom BStU, Abt. Bildung und Forschung, Reihe B: Analysen und Berichte 1/1995, Berlin 1994), S. 123-126.

99 Vgl. Referat von Günter Rosenow vom 28.2.1989 in Anwesenheit von Horst Franz aus Anlaß der Bildung der Hauptabteilung; BStU, ZA, HA XXII 884, o. Pag.

100 Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage in der Einsatzführungsgruppe der Hauptabteilung XXII vom 14.10.1989; BStU, ZA, HA XXII 5934, Bd. 2, Teil 1, Bl. 94-100.

waren grundsätzlich bei jedem dieser Flüge zwei Mitarbeiter der Staatssicherheit an Bord.[101] In Einzelfällen wurden (in Erweiterung der befehlsmäßig übertragenen Aufgaben) auch Fluggäste, von denen eine besondere Bedrohung auszugehen schien, unter Begleitung von Mitarbeitern der Abteilung XXII/3 in den Westen abgeschoben. Die Stärke der Abteilung lag bei 60 Berufssoldaten (BU/BO), wovon 54 regelmäßig im praktischen Einsatz waren. Die Abteilung gliederte sich in 3 Referate mit je 3 bzw. 4 Gruppen zu 5 Mitarbeitern. Im Herbst 1989 war geplant, die Gruppenstruktur aufzulösen und nur 4 Referate mit 13 Mitarbeitern (einschließlich Leiter) zu bilden. Außerdem sollten wegen der Überlastung der Abteilung 3 auch Angehörige der Abteilungen 2 und 9 als Flugsicherungsbegleiter eingesetzt werden.[102] Nachfolger des langjährigen Leiters der Abteilung, Oberleutnant Hans-Jürgen Sachse, wurde am 1. September 1989 Major Eberhard Kind, vormals Referatsleiter in der Abteilung XXII/8.

Das Referat 13, ebenfalls dem Bereich Kampfkräfte zugehörig, bestand aus Objektsicherungskräften, die den Schutz der DDR-Botschaften auch im westlichen Ausland zu gewährleisten hatten. Während ihres Auslandseinsatzes wurden sie von der HV A geführt, während der Vorbereitungszeit jedoch zur Abteilung XXII delegiert.[103] Mittelfristig sollte die Durchführung von Lehrgängen dem Bereich Ausbildung der Hauptabteilung XXII übertragen und bei der Hauptabteilung KuSch eine Arbeitsgruppe Objektsicherungskräfte aufgebaut werden. Das Referat 13 wäre dafür schrittweise aufgelöst worden.[104]

Analog zu diesen Zentralen Spezifischen Kräften (ZSK) in der Zentrale existierten in den Bezirksverwaltungen sogenannte Territoriale Spezifische Kräfte (TSK) mit vergleichbarer Aufgabenstellung. Ihr Status war entweder strukturell (d. h. sie bestanden permanent) oder nichtstrukturell. Im letztgenannten Fall war nur die Planstelle eines Führungsoffiziers der TSK (welcher bis 1988 der AGL der Bezirksverwaltung unterstand) vorgesehen, während die Einheit selbst von speziell ausgebildeten Mitarbeitern anderer Linien gebildet wurde, die bei Bedarf aktiviert werden konnten und sich sonst nur zu gemeinsamen Übungen trafen. Mit dem Befehl 3/89 wurden die bisher durch die Abteilung XXIII (bzw. AGM/S) fachlich angeleiteten Einheiten den AG XXII der Bezirksverwaltungen zugeschlagen. Dort wo

---

[101] Vgl. 6. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung 1/81 vom 8.8.1985, 17 S., hier S. 6; BStU, ZA, DSt GVS MfS 0008-25/85.

[102] Vgl. Referat von Horst Franz vom August 1989 in der HA XXII/3; BStU, ZA, HA XXII 884, o. Pag.; Konzeption der Aufgabenverteilung in der HA XXII o.D. [1989]; BStU, ZA, HA XXII 18131, Bl. 1-102.

[103] Vgl. Protokoll des Leiters der HV A, Werner Großmann, und des Stellvertreters des Ministers, Gerhard Neiber, und des Leiters der HA Kader und Schulung, Günter Möller, vom 25.8.1989 zur Beratung über die Auswahl, Vorbereitung und den Einsatz von Objektsicherungskräften in Auslandsvertretungen der DDR; BStU, ZA, HA XXII 5619, Bl. 151-153.

[104] Vgl. Maßnahmeplan vom 25.8.1989 zur Realisierung der sich aus dem Protokoll vom 25.8.1989 ergebenden Aufgaben zur Auswahl, Vorbereitung und dem Einsatz von Objektsicherungskräften; BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 9, Bl. 68-71.

strukturelle Territoriale Spezifische Kräfte bestanden - Rostock, Neubrandenburg und Karl-Marx-Stadt - erhöhte sich die Mitarbeiterzahl der AG XXII dadurch beträchtlich. In den übrigen Bezirksverwaltungen wurde der Führungsoffizier aus der AGL der Bezirksverwaltung herausgelöst und dem Leiter der AG XXII unterstellt (siehe auch Tabelle 9).[105]

Tabelle 5: *Ist-Personalbestand der strukturellen und nichtstrukturellen Territorialen Spezifischen Kräfte in den Bezirksverwaltungen (Stand 22.4.1989)*[106]

	Territoriale Spezifische Kräfte		Arbeitsgruppe XXII		
davon:	strukturell	nicht-strukt.	gesamt	davon TSK	op. MA
Berlin	1	26	11	-	11
Cottbus	1	22	5	-	5
Dresden	1	21	6	-	6
Erfurt	1	23	5	-	5
Frankfurt/Oder	1	13	6	-	6
Gera	1	22	6	-	6
Halle	1	24	3	-	3
Karl-Marx-Stadt	17	-	23	17	6
Leipzig	1	20	6	-	6
Magdeburg	1	24	4	-	4
Neubrandenburg	13	14	15	13	2
Potsdam	1	10	5	-	5
Rostock	12	14	16	12	4
Schwerin	1	19	5	-	5
Suhl	1	23	4	-	4
gesamt	54	275	120	42	78

Der vergleichsweise kleine Bereich Ausbildung der Hauptabteilung XXII wurde von Oberst Olaf Barnickel (vormals Abteilung XXIII) angeleitet. Ihm unterstanden die Abteilungen 5 und 7 (55 bzw. 26 Planstellen in fünf bzw. drei Referaten).[107] Sie wurden geführt von Oberstleutnant Jürgen Schaar und Oberstleutnant Albert Mahlfeldt. Die Abteilung 5 übernahm dabei die militärisch-operative Ausbildung von MfS-Mitarbeitern. Inhalt der Lehrgänge waren die Einsatzprinzipien bei der Terrorabwehr, militärisch-operative Spezialtaktik, die Durchführung von Sicherungseinsätzen und eine militärische Spezialausbildung. Zur Grundlagenausbildung wurden delegiert: alle neueingestellten Mitarbeiter des Bereichs Kampfkräfte, Angehörige der Territorialen Spezifischen Kräfte sowie aller strukturellen/nichtstrukturellen Kampfkräfte im MfS (in den Hauptabteilungen I, II, VI und

---

105 Vgl. Bericht der AKG der Hauptabteilung XXII vom 27.4.1989 zu den Konsultationen in den Arbeitsgruppen XXII in den Bezirksverwaltungen; BStU, ZA, HA XXII 883, o. Pag.

106 Ebenda.

107 Vgl. Struktur- und Stellenplan.

PS), Objektsicherungskräfte in den Auslandsvertretungen der DDR und politisch-operative Mitarbeiter der Linie XXII.[108]

Für die Ausbildung von Mitarbeitern ausländischer "Sicherheitskräfte" - vor allem aus den "jungen Nationalstaaten" - war die Abteilung 7 zuständig. Diese wurden hier für den "illegalen bewaffneten Kampf" in ihren Herkunftsländern geschult. Wichtigste delegierende Organisation war 1989 der Afrikanische Nationalkongreß (ANC).[109] Die Aufgaben des Bereichs Ausbildung waren zuvor von der Abteilung XXIII bzw. AGM/S wahrgenommen worden. Dort hatte man zwischen 1963 und Anfang 1989 insgesamt 2.916 Mitarbeiter des MfS militärisch ausgebildet. Im Rahmen von "Solidaritätsaufgaben" hatten ferner seit 1970 in 164 Lehrgängen 1.895 Personen aus 15 Staaten eine militärisch-operative Ausbildung erfahren.[110]

Im Stellvertreterbereich Sicherstellung wurden die mit logistischen Funktionen befaßten (Unter-)Abteilungen der bisherigen Abteilungen XXII und XXIII vereint. Stellvertreter für Sicherstellung wurde Oberst Horst Salewsky.[111] Zu diesem Bereich gehörte auch die Abteilung 6 - operative Technik - unter Major Peter Vorsatz. Sie hatte die Zentralen und Territorialen Spezifischen Kräfte auszurüsten und zu bewaffnen. Ihr oblag ferner die Entschärfung von Sprengstoffpaketen sowie die Entwicklung und Verbesserung von Waffen und Gerätschaft. Die Abteilungen 10, 11 und 14 (insgesamt fast 170 Planstellen) hatten die Instandhaltung der Dienstobjekte der Abteilung sowie allgemeine logistische Aufgaben zu übernehmen.[112]

---

[108] Vgl. Einschätzung der Abteilung 5 der Hauptabteilung XXII vom 9.10.1989 zur politisch-operativen Lage in der Hauptabteilung XXII/5; BStU, ZA, HA XXII 5934, Bd. 2, Teil 1, Bl. 153-164; Konzeption der Aufgabenverteilung in der HA XXII o.D. [1989]; BStU, ZA, HA XXII 18131, Bl. 1-102, hier 92 f.

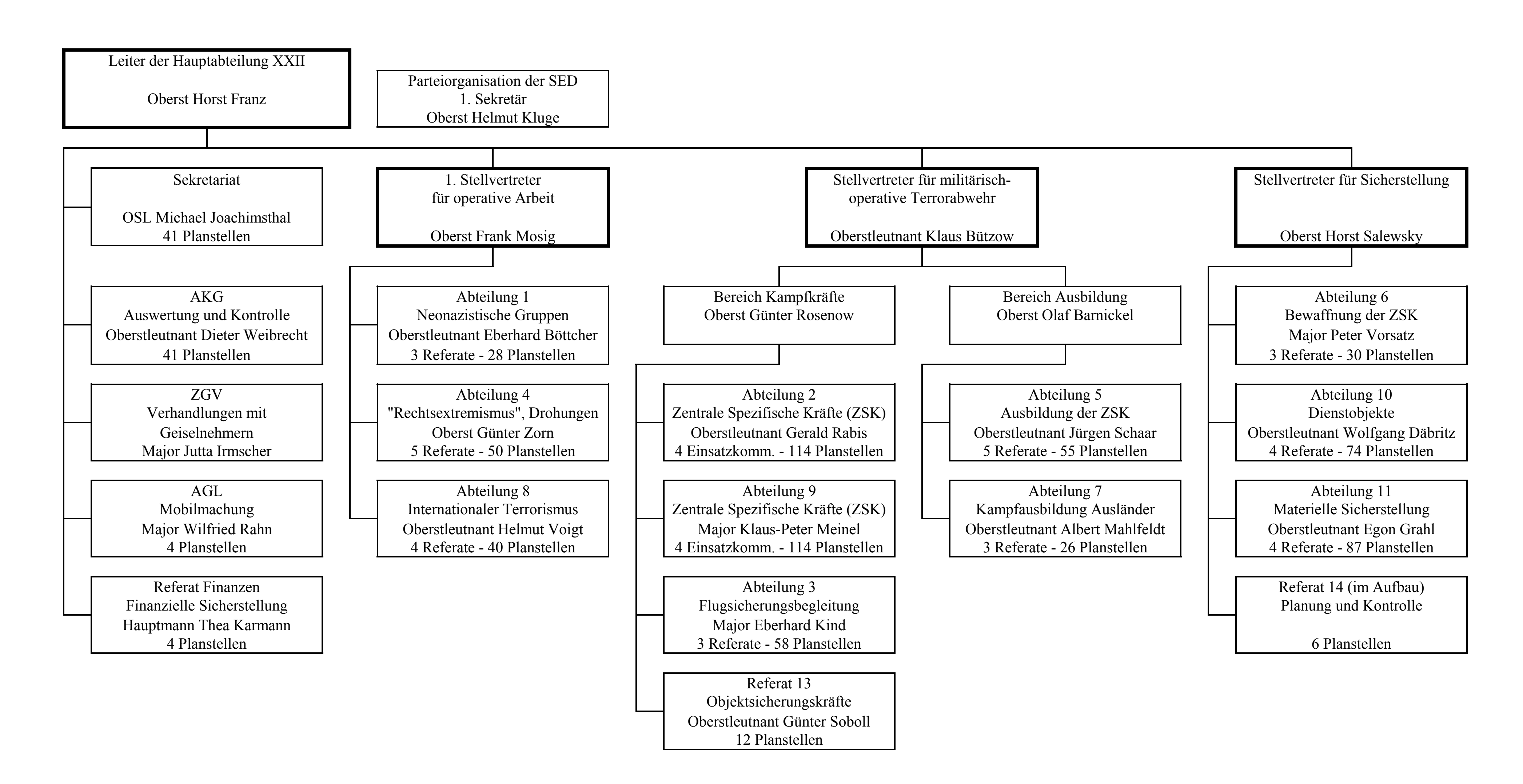
[109] Vgl. Lageeinschätzung der Abteilung 7 der Hauptabteilung XXII vom 9.10.1989; BStU, ZA, HA XXII 5934, Bd. 2, Teil 1, Bl. 165-176.

[110] Vgl. Referat von Klaus Bützow in Anwesenheit von Horst Franz aus Anlaß der Bildung der Hauptabteilung vom 28.2.1989; BStU, ZA, HA XXII 884, o. Pag.

[111] Vgl. Referat von Horst Franz zum Befehl 3/89 vom 31.1.1989; BStU, ZA, HA XXII 884, o. Pag.

[112] Vgl. Struktur- und Stellenplan.

Die Hauptabteilung XXII 1989



3. Entwicklungsgeschichte

3.1. Entstehung und Aufbau der Abteilung XXII von 1973 bis 1978

Die Bildung des Bereiches "Terrorabwehr" ging auf die Initiative des 1. Stellvertreters des Ministers, Generalleutnant Bruno Beater, zurück.[113] Nach dem Überfall der palästinensischen Terrorgruppe "Schwarzer September" auf israelische Sportler während der Olympischen Spiele in München 1972 befürchtete die Staatssicherheit für die X. Weltjugendfestspiele in Ost-Berlin im folgenden Jahr ähnliches.[114] Beater bildete daher - von Erich Mielke mit der Abwehr solcher Attentate betraut[115] - für die Dauer des Festivals unter seiner Leitung eine Zentrale Einsatzgruppe (ZEG), die notfalls Gegenmaßnahmen der Sicherheitskräfte koordinieren sollte.[116]

Ein Mitarbeiter der ZEG war Major Harry Dahl[117] von der kurz zuvor gegründeten Arbeitsgruppe beim 1. Stellvertreter des Ministers, die mittelfristig die Koordination der "Terrorabwehr" übernahm. Ab 1. August 1975 wurde Dahl mit der Leitung der neu eingerichteten Abteilung XXII betraut. In der Folgezeit galt es, "durch eine zügige Auffüllung dieser speziellen Diensteinheit mit geeigneten Kadern kurzfristig die volle Arbeitsfähigkeit" herzustellen.[118] Das Anwachsen der Abteilung um rund 100 Stellen von 1976 bis 1980 auf fast 140 Mitarbeiter entsprach genau der vorgegebenen Planung,[119] jedoch eilte die tatsächliche Mitarbeiterzahl dem bestätigten Planstellenvolumen stets ein gutes

---

113 Vgl. Referat Neiber 1983, Bl. 470.

114 Vgl. Siebenmorgen: "Staatssicherheit", S. 217.

115 Vgl. Befehl 26/73 vom 26.6.1973; BStU, ZA, DSt GVS MfS 008-665/73. Siehe auch Protokoll 1/73 der Sitzung des Kollegiums vom 4.5.1973; BStU, ZA, Sekretariat des Ministers (künftig: SdM) 1565, Bl. 152-157.

116 Vgl. Einsatzkonzeption des Ministers vom 27.7.1973 für den zentral gelenkten Einsatz spezifischer Kräfte und Mittel zur Bekämpfung terroristischer Anschläge, Attentate und anderer gleichzusetzender verbrecherischer Handlungen; BStU, ZA, HA XXII 865, o. Pag. Die Sicherung der Veranstaltung insgesamt lief unter der Rubrik "Aktion Banner". Vgl. Befehl 13/73 vom 18.4.1973 zur Sicherung der Vorbereitung und Durchführung der X. Weltfestspiele; BStU, ZA, DSt VVS MfS 008-250/73; Befehl 29/73 vom 20.7.1973 über die Maßnahmen zur politisch-operativen Sicherung der Eröffnungsveranstaltung der X. Weltfestspiele; BStU, ZA, DSt VVS MfS 008-568/73; Befehl 30/73 vom 31.7.1973 über die Maßnahmen zur politisch-operativen Sicherung der Demonstration der Jugend der DDR zu den X. Weltfestspielen; BStU, ZA, DSt VVS MfS 008-571/73.

117 Zu Dahl siehe auch Welt am Sonntag vom 19.12.1993, S. 83.

118 Vgl. Entwurf eines Befehls von 1977 zur Abwehr von Terror- und ähnlichen Gewaltverbrechen sowie zur offensiven Bekämpfung feindlicher Organisationen, Gruppierungen und Kräfte, die ihre subversiven Ziele mit derartigen Angriffen zu erreichen versuchen (künftig: Entwurf Befehl 1977); BStU, ZA, HA XXII 865, o. Pag.

119 Vgl. Perspektivplan des Leiters der Abteilung XXII vom 30.9.1976 für die politisch-operative Arbeit und die Weiterentwicklung spezifischer Kräfte und Mittel zur vorbeugenden Verhinderung und Zerschlagung terroristischer Anschläge und ähnlicher Gewaltverbrechen und zur Erhöhung der tschekistischen Einsatzbereitschaft der Diensteinheit für den Zeitraum 1976 bis 1980; BStU, ZA, HA XXII 777, Bd. 13, Bl. 30-82, hier 78.

Stück voraus.[120] Schon im Jahre 1977 sah ein - nicht bestätigter - Stellenplan langfristig eine Gesamtzahl von etwa 200 Mitarbeitern vor.[121] Innerhalb von nur sieben Jahren (1975 bis 1982) versiebenfachte sich die Mitarbeiterzahl, während der Gesamtapparat des MfS im gleichen Zeitraum nur um 36,9 Prozent anwuchs.[122]

Eine befehlsmäßige Grundlage für die neue Diensteinheit sollte im Jahre 1977 geschaffen werden. Mielke forderte die ZAIG und die Abteilung XXII auf, einen vorliegenden Entwurf noch zu "vervollkommnen".[123] Dieser wurde zwar nie in Kraft gesetzt, dürfte aber dennoch die Arbeitsgrundlage der Diensteinheit dargestellt haben. Er sah vor, die selbständige Abteilung XXII "kurzfristig zu einem zentral geführten, mit spezifischen Kampfmitteln ausgerüsteten, jederzeit einsatzbereiten schlagkräftigen Instrument der vorbeugenden und akuten Terrorbekämpfung zu machen".[124] Dementsprechend lag zu Beginn vergleichsweise starkes Gewicht auf der unmittelbaren Abwehr befürchteter terroristischer Anschläge und auf der Schadensbegrenzung. Die präventive Informationssammlung - als Vorarbeit zum gezielten Ausforschen des terroristischen Milieus - wurde von Mielke ebenfalls als besonders wichtig erachtet.[125] Dagegen erlangte die aktive geheimdienstliche Aufklärung der terroristischen Szene erst Ende der siebziger Jahre ihre überragende Bedeutung. Mit der Dienstanweisung 1/81 wurde der Abteilung XXII dann ausdrücklich die Federführung in der "Terrorabwehr" und endgültig auch die schwerpunktmäßige Durchführung der operativen Arbeit übertragen.[126] In der Wahrnehmung dieser Funktion wurde die Diensteinheit später immer wieder bestärkt.[127]

Die inneren Strukturen der Abteilung XXII sind für die Anfangszeit nur undeutlich zu erkennen. Offensichtlich war die zahlenmäßig kleine Abteilung XXII bis 1978 in "Arbeitsgruppen" untergliedert, die als Keimzellen der 1979 gebildeten Abteilungen gelten können. Eine mittelfristige Konzeption sah damals die Bildung von insgesamt fünf Bereichen und ihre Anleitung durch zwei Stellvertreter vor. Besonders ausgebildete

---

[120] Vgl. BStU, ZA, HA KuSch Abt. Plg. 9 (3); HA KuSch Abt. Plg. o. Signatur.

[121] Vgl. den nicht bestätigten Stellenplan des Leiters der selbständigen Abteilung XXII des MfS vom November 1977, 6 S. (S. 2 f. fehlen); BStU, ZA, HA XXII 865, o. Pag.

[122] Vgl. Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch, IV/1), BStU, Berlin 1995.

[123] Redemanuskript Mielkes für die Kollegiumssitzung vom 9.1.1976; BStU, ZA, SdM 1566, Bl. 4-32, hier 31.

[124] Vgl. Entwurf Befehl 1977, S. 3; Entwurf eines Befehls o.D. [1974/76]; BStU, ZA, HA XXII 865, o. Pag.

[125] Redemanuskript Mielkes für die Kollegiumssitzung vom 9.1.1976; BStU, ZA, SdM 1566, Bl. 4-32, hier 31.

[126] Vgl. Dienstanweisung 1/81, S. 8 und 22. Siehe auch Protokoll der Beratung des Leiters der Hauptabteilung XXII vom 4.4.1989; BStU, ZA, HA XXII 884, o. Pag.

[127] Vgl. Thesen zur Auswertung der multilateralen Beratung zu Problemen des sogenannten internationalen Terrorismus in Varna o.D. [Anfang Dezember 1987]; BStU, ZA, HA XXII 18118, Bl. 23-93, hier 25.

"operative Spezialkräfte" sollten im Zusammenspiel mit anderen Diensteinheiten im Gefahrenfall Gewalttäter bekämpfen (Bereich 1). Der Bereich 2 sollte die Ausbildung dieser Spezialkräfte übernehmen. Eine "politisch-operative" Aufgabenstellung wäre dem Bereich 3 zugekommen, der - in vier Referate untergliedert - "rechtsextreme" sowie "linksextreme" Gruppen in der Bundesrepublik aufklären, nach "erkannten feindlich-negativen Kräften mit terroristischem Einschlag im Inneren der DDR" fahnden sowie anonyme Drohanrufe bearbeiten sollte. Hinzu kommen sollten noch ein Auswertungs- und Informationsbereich (Bereich 4), ein Bereich Rückwärtige Dienste (Bereich 5) sowie das Sekretariat.[128] Da die operativen Aufgaben in der Folgezeit immer mehr in den Mittelpunkt rückten, wurden die geplanten Referate des Bereichs 3 beim tatsächlichen Aufbau der Diensteinheit zu eigenen Abteilungen aufgewertet. Lediglich auf die Bildung einer eigenen Abteilung mit ausschließlicher Arbeitsrichtung in die DDR wurde verzichtet.

Auswertungs- und Kontrollaufgaben nahm von 1979 bis 1980 die seinerzeitige Abteilung 2 wahr. Auf der Grundlage des Befehls 6/78 wurden dann in allen operativen Diensteinheiten des MfS, so auch innerhalb der Abteilung XXII, Auswertungs- und Kontrollgruppen gebildet.[129] In der "Terrorabwehr" geschah dies bei der Umstrukturierung im Jahre 1981; zugleich wurden in den operativen (Unter-)Abteilungen Referate mit Auswertungs- und Informationsaufgaben geschaffen. Die AKG der Abteilung XXII, die auch als (Unter-)Abteilung 6 bezeichnet wurde, stand zunächst unter der Leitung von Major Hans-Hermann Petzold, der dann stellvertretender Leiter der Abteilung XXII/8 wurde, bevor sie ab Januar 1985 von Oberstleutnant Dieter Weibrecht geführt wurde.

Die Gründung selbständiger Arbeitsgruppen zur "Terrorabwehr" in den Bezirksverwaltungen war schon 1977 im Entwurf eines oben erwähnten, später nicht in Kraft gesetzten Befehls vorgesehen.[130] Wirklich aufgebaut wurden die Arbeitsgruppen XXII (AG XXII) dann zu Beginn der achtziger Jahre. Die Arbeitsgruppe XXII der Bezirksverwaltung Potsdam beispielsweise wurde am 1. September 1981 gebildet und galt ab 1. Januar 1982 als "arbeitsfähig".[131]

---

[128] Vgl. Entwurf Befehl 1977; Entwurf eines Befehls o.D. [1974/76], S. 4; BStU, ZA, HA XXII 865, o. Pag.; Nicht bestätigter Stellenplan des Leiters der selbständigen Abteilung XXII des MfS vom November 1977, 6 S. (S. 2 f. fehlen); BStU, ZA, HA XXII 865, o. Pag.

[129] Vgl. Befehl 6/78 vom 3.4.1978 zur Gründung der AKG; BStU, ZA, DSt 102458.

[130] Vgl. Entwurf Befehl 1977.

[131] Vgl. Diskussionsbeitrag von Major Jessau auf der Dienstkonferenz am 25./26.1.1983; BStU, ZA, HA XXII 5842, Bl. 730-735.

3.2. Die Entwicklung der Abteilung XXII von 1979 bis 1988

3.2.1. Die "Bearbeitung" der "rechtsextremen" und militant antikommunistischen Gruppen

Militante antikommunistische Gruppierungen in der Bundesrepublik wurden lange Zeit federführend von der Abteilung 5 der Hauptabteilung XX (Politischer Untergrund) beobachtet und "bearbeitet". Ab 1979 fiel die Aufklärung der neonazistischen und "rechtsextremen" Szene der Bundesrepublik in die Zuständigkeit der Abteilung XXII/3. Bis Ende 1980 kristallisierten sich fünf Zielbereiche ihrer Aufklärungstätigkeit heraus: die im engeren oder weiteren Sinne neonazistischen Gruppierungen,[132] verschiedene militante Exilorganisationen (wie die *Grauen Wölfe* aus der Türkei, *Alpha 66* aus Kuba sowie verschiedene Gruppen aus Kroatien und Afghanistan), dezidiert antikommunistische Gruppen (wie das *Brüsewitz-Zentrum* und die *Arbeitsgemeinschaft 13. August*), die Fluchthilfeorganisation *Lamp'l* sowie anonyme bzw. pseudonyme Drohanrufe.[133] Bei der "Bearbeitung" dieser politischen Milieus war charakteristisch, daß die Abteilung XXII das Gewaltpotential auf der gegnerischen Seite regelmäßig überschätzte (und damit zugleich eine Zuständigkeit der "Terrorabwehr" begründen konnte). 1981 ging mit der Umstrukturierung der Abteilung XXII die "Bearbeitung" des Neonazismus an die Abteilung 1, die Verfolgung anonymer Drohungen an die Abteilung 2 und wenig später die "Bearbeitung" des übrigen militant antikommunistischen Potentials an die Abteilung 4 über.

Leiter der neugegründeten Abteilung XXII/1 wurde am 1. Oktober 1982 Oberstleutnant Eberhard Böttcher,[134] sein Stellvertreter Major Gerd Fischer. Die Abteilung bestand aus zwei Referaten mit operativer Aufgabenstellung, die von Major Hartmut Kießling und Major Dieter Hünniger angeleitet wurden. Ferner existierte eine Auswertungs- und Informationsgruppe (Referat 3) unter Major Gudrun Zepert. Im Zuge der Bildung der Hauptabteilung 1989 wurde die Auswertungs- und Informationsgruppe in Referat 4 umbenannt. 1986 sollte ein drittes operatives Referat hinzukommen, was aber wohl nicht

---

[132] Im einzelnen handelte es sich um die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/ Auslands- und Aufbauorganisation und Ortsgruppe Berlin (NSDAP/AO und NSDAP/OGB), die Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten (ANS/NA), die Kampfgruppe Priem, die Wehrsportgruppe Hoffmann, die Nottechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel (NÜB) sowie die Wiking-Jugend.

[133] Jahresanalyse der Abteilung XXII/3 vom 14.10.1980 für das Planjahr 1980; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 182-201, hier 197-199.

[134] Vgl. BStU, ZA, KKK Eberhard Böttcher. Siehe auch Süddeutsche Zeitung vom 20.1.1993, S. 5.

mehr realisiert wurde. Zum Jahresbeginn 1989 besaß die Abteilung insgesamt 22 Mitarbeiter;[135] weitere acht neue Mitarbeiter befanden sich im Herbst 1989 im Einarbeitungsprozeß.[136]

Nach der genannten Umstrukturierung im Jahre 1981 wurden in der (Unter-)Abteilung 1 mehrere bedeutsame Operative Vorgänge angelegt. Die *Harting-Bande* wurde als OV "Münster" "bearbeitet", Michael Kühnen mit seiner militanten *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten* (OV "Hansa") aufgeklärt, ein OV gegen ein ehemaliges führendes Mitglied der *NSDAP/OGB* angelegt (OV "Standarte") sowie, obwohl nicht zum neonazistischen Spektrum gehörend, die *Arbeitsgemeinschaft 13. August* (Haus am Checkpoint Charlie) beobachtet (OV "Extremist")[137]. Operative Materialien führte man zur *Wehrsportgruppe Hoffmann* (OM "Kommando"), zur *NSDAP/AO*, den *Grauen Wölfen* und zum *Mut-Verlag.*[138] Des weiteren bearbeitete die Abteilung Gruppierungen wie die *Freiheitliche Arbeiterpartei* (*FAP*), den *Bund Heimattreuer Jugend* (*BHJ*)[139] oder die *Nationalistische Front* (*NF*) unter Meinolf Schönborn. Auch für politisch unbedeutende Splittergruppen beanspruchte die Abteilung Zuständigkeit.[140]

Anlaß der "Bearbeitung" waren meist vermutete Verbindungen in die DDR (verwandschaftlicher Art oder auch politische Kontakte zu Skinhead-Gruppen), in zwei Fällen auch "Demonstrativhandlungen" einzelner Rechtsextremisten gegen den Honecker-Besuch in der Bundesrepublik im Jahre 1987. Ziel der "Bearbeitung" verschiedener *Wehr- und Kampfsportgruppen* in einer Feindobjektakte (seit 1984) war es einerseits, Ansatzpunkte für "Zersetzungsmaßnahmen" zu finden. Andererseits spekulierte man auch auf politisches Kapital durch Belege, die zur "weitere[n] Entlarvung der zunehmenden Rechtsentwicklung in der BRD" dienen konnten.[141] Zielstellung in der seit 1979 andauernden "Bearbeitung" der neonazistischen *Kampfgruppe Priem* war es, deren Anführer

---

[135] Vgl. BStU, ZA, HA KuSch 108, o. Pag.

[136] Zuarbeit der Abteilung 1 der Hauptabteilung XXII vom 19.10.1989 zur Planorientierung des Leiters der Diensteinheit; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 220-226, hier 226.

[137] Vgl. u.a. Zuarbeit der Abteilung XXII/1 vom 4.11.1983 für die Planorientierung des Leiters der Abteilung XXII für das Jahr 1984; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 331-335.

[138] Vgl. Jahresanalyse der Abteilung XXII/1 vom 8.10.1981 für das Planjahr 1981; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 169-181.

[139] Vgl. Zuarbeit der Abteilung XXII/1 vom 7.11.1986 für die Planvorgabe 1987 des Leiters der Diensteinheit; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 304-308, hier 308.

[140] So etwa für die Antikomintern-Jugend (AKJ), die Bürgergemeinschaft Hamburg, den Bund Hamburger Mädel, die Deutsche Bürgerinitiative e.V. in Stade sowie den Kampfbund 'Freiheit für Rudolf Heß, Märtyrer des Friedens'. Vgl. Konzeption der Abteilung XXII/1 vom 9.1.1988 für eine operative Neubewertung der in der GVS 4/85 des Genossen Minister, Anlage 1 für die Abteilung XXII/1 erfaßten feindlichen Organisationen, Stellen und Kräfte; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 2-5.

[141] Eröffnungsbericht der Abteilung XXII vom 1.2.1984 zum Anlegen einer Feindobjektakte "Wehr- und Kampfsportgruppen"; BStU, ZA, HA XXII 17938, Bl. 151-155, hier 155.

Arnulf-Winfried Priem durch eine direkte Kontaktaufnahme so zu beeinflussen, "daß er zukünftig von weiteren strafbaren Handlungen gegen die DDR Abstand nimmt".[142] Nachdem Priem sich zunehmend im *Asgard-Bund* engagierte, stand der OV "Skorpion" ab 1986 unter direkter Anleitung des Leiters des Stellvertreterbereichs Oberstleutnant Horst Salewsky. Zu Mitgliedern der Organisation wurden insgesamt vier OPK durchgeführt, andere "Feindobjekte" der Abteilung 1 waren von maximal zwei Vorgängen dieser Art betroffen.[143]

Im Jahre 1985 kam es zu einer Bereinigung der Zuständigkeiten. Die Abteilung 1 mußte auf Anweisung von Oberst Horst Franz die "Bearbeitung" der *Arbeitsgemeinschaft 13. August* und die FOA *Konservative Aktion* an die Abteilung 4 abgeben. Die Übergabe umfaßte die dazugehörigen OPK, Kontrollmaterialien, Reisesperren usw., nicht jedoch die Inoffiziellen Mitarbeiter. Dafür übernahm die Abteilung 1 zum 2. Dezember 1985 von der Abteilung 4 die *Grauen Wölfe*, für die eigens ein neues Referat geschaffen werden sollte.[144] Damit umfaßte ihr Verantwortungsbereich jetzt ausschließlich neonazistische und eindeutig rechtsextreme Gruppierungen; im Jahre 1990 sollte das Hauptaugenmerk auf die *Republikaner* gerichtet sein.[145]

Tabelle 6: *Die Operativen Vorgänge der Abteilung XXII/1 (1982 bis 1987)*[146]

	1982	1983	1984	1985	1986	1987
laufende OV	10	10	10	7	7	6
laufende OPK	24	27	27	30	40	39
laufende FOA		10	11	11	13	13
abgelegte OV[147]	1	2	1	4	1	2
abgelegte OPK		2	5	12	5	8
angelegte OV	2	1	1	1	2	1
angelegte OPK	9	7	5	12	17	9

Die von der Abteilung 1 in Operativen Vorgängen "bearbeiteten" Organisationen lagen ausnahmslos in der Bundesrepublik. Auf dem Gebiet der DDR wurden hauptsächlich Operative Personenkontrollen durchgeführt, die Aufschluß über "Rückverbindungen" in die

142 Jahresarbeitsplan 1983 der Abteilung XXII/1 vom 2.11.1982; BStU, ZA, HA XXII 889, o. Pag.

143 Vgl. Analyse der Abteilung XXII/1 vom 17.10.1988 zum neonazistischen Potential des Operationsgebietes; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 6-50; Jahresplan 1986, Bl. 431 und 475.

144 Vgl. Absprachеprotokoll der Abteilung XXII/1 vom 18.11.1985; BStU, ZA, HA XXII 1193, o. Pag.

145 Vgl. Zuarbeit der Abteilung 1 der Hauptabteilung XXII vom 19.10.1989 zur Planorientierung des Leiters der Diensteinheit; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 220-226, hier 220 f.

146 Stand jeweils September oder Oktober des Jahres; Anlage/Ablage bezieht sich vermutlich jeweils auf den Zeitraum vom 1.10. des Vorjahres bis zum 30.9. des betreffenden Jahres. Vgl. die Einschätzungen der politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich der Abteilung XXII/1 für die Jahre 1982 bis 1987; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 51-168.

147 Die Anlage und Ablage von Vorgängen (ermittelt für den jährlichen Berichtzeitraum) bestätigt - trotz lückenhafter Angaben - den Eindruck einer zumeist langandauernden "Bearbeitung" der "Feindobjekte" (hier durchschnittlich drei bis vier Jahre).

DDR geben sollten (zu sogenannten "notorischen Einzel-Gewalttätern", Fußball-Fanclubs, frei organisierten Jugendgruppen, "Wehrsportgruppen" oder angeblich rechtsextremen Schützenvereinen). Die Abteilung 1 tendierte dazu, die Aufklärung der bundesdeutschen rechtsextremen Szene insgesamt zu betreiben und damit den DDR-Bezug zu verlieren.[148] Im Juni 1987 kritisierte der Abteilungsleiter Horst Franz diese Ausrichtung. Ansatzpunkt solle nicht das "Operationsgebiet" als solches, sondern die der DDR dort durch extreme Gruppen erwachsenden Gefahren sein.[149] Daher forderte der Jahresarbeitsplan 1988, daß bei der Bearbeitung von Feindobjektakten wieder stärker aufgezeigt werden solle, "was tatsächlich zur Aufklärung, Bearbeitung und Verhinderung von Feindtätigkeit gegen die DDR und deren Verbündete getan wurde bzw. getan werden muß".[150]

Eine umfassende Beobachtung des bundesdeutschen Rechtsextremismus konnte die Abteilung XXII/1 mit ihren 20 Mitarbeitern ohnehin nicht leisten. Auch die quantitative und qualitative Basis von 41 Inoffiziellen Mitarbeitern war letztlich unzureichend, um ein teilweise konspirativ organisiertes, personell und strukturell fluktuierendes Milieu effektiv zu "bearbeiten". Fehler und Versäumnisse in der operativen Arbeit kamen hinzu[151]; im April 1988 mußte der Leiter der Abteilung 1, Oberstleutnant Eberhard Böttcher, sich von seinem Vorgesetzten bescheinigen lassen, daß sich in der Arbeit mit IM-Vorläufen "Oberflächlichkeit durchgesetzt hatte".[152] Böttcher selbst rügte die "mangelhafte Treffanzahl" seiner IM-führenden Mitarbeiter.[153] Diese hatten grundsätzlich neben der Führung ihrer Inoffiziellen Mitarbeiter gleichzeitig nicht mehr als einen OV und eine bedeutsame OPK durchzuführen.[154] Dies unterstreicht die eingangs genannte intensive operative Tätigkeit der "Terrorabwehr".

---

[148] Vgl. Referat des Leiters der Abteilung XXII zur Dienstbesprechung am 28.2.1983; BStU, ZA, HA XXII 5842, Bl. 66-114, hier 80 und 85.

[149] Vgl. Protokoll der Leiterberatung am 29.6.1987; BStU, ZA, HA XXII 884, o. Pag.

[150] Jahresarbeitsplan 1988 der Abteilung XXII/1 vom Dezember 1987; BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 155-188, hier 164. Siehe auch Zuarbeit der Abteilung XXII/1 vom 30.10.1987 für die Planvorgabe 1988 des Leiters der Diensteinheit; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 281-288.

[151] Vgl. Bericht AG Koordinierung der AKG der Abteilung XXII vom 15.1.1985 über Ergebnisse der Kontrolle in der Abteilung XXII/1 zur Effektivierung und Wirksamkeit eingeleiteter Fahndungsmaßnahmen; BStU, ZA, HA XXII 1193, o. Pag.

[152] Protokoll der Leiterberatung der Hauptabteilung XXII vom 25.4.1988; BStU, ZA, HA XXII 884, o. Pag.

[153] Als Orientierungsmaßstab gab Böttcher zwölf Treffs pro Woche vor. Vgl. Vermerk der Abteilung XXII/1 vom 17.1.1986 zur Absprache beim Leiter der Abteilung XXII/1; BStU, ZA, HA XXII 1193, o. Pag. Zwischen dem 1.11.1986 und dem 30.9.1987 führte die Abteilung XXII/1 insgesamt 528 Treffs durch. Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich der Abteilung XXII/1 vom Oktober 1987; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 51-62.

[154] Vgl. Zuarbeit der Abteilung XXII/1 vom 23.10.1984 für die Planvorgabe des Leiters der Diensteinheit; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 321-325, hier 325.

Die Gesamtzahl der Inoffiziellen Mitarbeiter schwankte zwischen 29 im Jahre 1986[155] und 41 im Jahre 1988[156]. Darunter befanden sich - typisch für die "Bearbeitung" eines "Feindpotentials" im Westen - 17 IMB und 22 der weniger bedeutenden IMS sowie je ein IME und GMS. Gewinnung und Einsatz der Inoffiziellen Mitarbeiter sollten dem Ziel dienen, durch größtmögliche Nähe zu den vermeintlichen Gefahrenquellen schon frühzeitig über die vorhandenen Absichten informiert zu sein. Angesichts der politischen Ausrichtung der bearbeiteten Gruppen gelang es aber nur selten, die Planvorgaben zur IM-Gewinnung zu erfüllen. Anfang 1989 mußte die Abteilung daher konstatieren, daß sie gegen insgesamt fünf wichtige rechtsextreme Gruppen (so etwa gegen die Leitfigur der Szene, Michael Kühnen, und die *Wiking-Jugend*) keinen einzigen IM zum Einsatz bringen könne.[157] Auch im Umfeld der anderen Zielgruppen waren nicht mehr als maximal drei IM plaziert.[158] Der ergiebige "operative Kontakt" zu dem Mitglied der *Wehrsportgruppe Hoffmann* und Rechtsterroristen Odfried Hepp[159] blieb eine Ausnahme. Meistens befanden sich die Inoffiziellen Mitarbeiter an der Peripherie der "bearbeiteten" Organisation - von Journalisten und Rechtsanwälten versprach man sich den besten Überblick und vielfältige Einsatzmöglichkeiten.[160] Erfolge hatte die Abteilung bei der Gewinnung von Verwandten westdeutscher Rechtsextremisten in der DDR; auch glückten einige Werbungen in der Skinhead-Szene von Ost-Berlin.[161] Die Zielpersonen oder -gruppierungen konnten in Einzelfällen genau "aufgeklärt" werden; bisweilen gelang sogar die (in-)direkte Einflußnahme. Die angewandten Methoden reichten bis zur gezielten Diskreditierung unter Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern.[162]

Neben der Abteilung 1 entstand am 1. März 1982 die Abteilung 4; mit ihrer Leitung wurde im April 1983 Oberst Günter Zorn beauftragt.[163] Die Diensteinheit gliederte sich in zwei Referate mit operativer Aufgabenstellung und ein Auswertungs- und Informationsreferat.[164] In Abgrenzung zur Abteilung 1 operierte sie nicht gegen neonazistische

---

[155] Stand 30.11.1986. Vgl. Statistische Übersicht 1986, Bl. 281.

[156] Stand 28.12.1988. Vgl. Jahresplan 1989, Bl. 177.

[157] Vgl. IM-Analyse des Leiters der Abteilung 1 der Hauptabteilung XXII, Oberstleutnant Eberhard Böttcher, vom 3.3.1989 zu Teilbereichen der IM-Arbeit, 10 S., hier S. 4; BStU, ZA, HA 521, o. Pag.

[158] Vgl. Analyse der Abteilung XXII/1 vom 17.10.1988 zum neonazistischen Potential des Operationsgebiet; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 6-50.

[159] Vgl. Der Spiegel Nr. 47/1991, S. 137-144.

[160] Vgl. Zuarbeit der Abteilung XXII/1 vom 23.10.1984 für die Planvorgabe des Leiters der Diensteinheit; BStU, ZA, HA XXII 1189, Bl. 321-325, hier 325.

[161] Vgl. Jahresarbeitsplan 1988 der Abteilung XXII/1 vom Dezember 1987; BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 155-188, hier 169.

[162] Vgl. u.a. Plan der Abteilung XXII vom 20.11.1981 zur Vorbereitung von Handlungsvarianten mit dem Ziel der weiteren Zersetzung und öffentlichkeitswirksamen Diskreditierung der Feindorganisation 'Arbeitsgemeinschaft 13. August'; BStU, ZA, HA XXII 5049, Bl. 239-241.

[163] Günter Zorn blieb Leiter der (Unter-)Abteilung XXII/4 bis zu seinem Tod am 22.9.1989.

[164] Vgl. BStU, ZA, HA KuSch 108, o. Pag.

Organisationen, sondern gegen andere als "rechtsextrem" eingeschätzte Gruppen, deren gemeinsamer Nenner ein ausgeprägter Antikommunismus und eine gewisse Aktionsbereitschaft war.[165] Im Februar 1989 wurde der Abteilung 4 die bisherige Abteilung 2 zugeschlagen. Sie bildete dort zwei neue Referate, die beide dem zweiten stellvertretenden Abteilungsleiter der Abteilung 4 unterstellt wurden.[166] Die Gesamtstärke der Abteilung wuchs damit von etwa 30 auf zuletzt 46 Mitarbeiter.[167]

Zu ihrem Tätigkeitsbereich gehörte die Bekämpfung einiger, als besonders militant eingestufter Fluchthilfeorganisationen wie die *Fluchthilfegruppe ehemaliger DDR-Bürger/Köln*, die Organisation *Lamp'l* (Teilvorgang des ZOV "Subversion")[168] und weitere Fluchthilfeorganisationen (u.a. OV "Passage").[169] Einzelne Mitglieder der *Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte* (*IGfM*) gerieten ab 1983 ebenfalls in das Visier der Abteilung (OV "Vino II"). Auch wurden etliche, als rechtsextremistisch eingestufte Exilgruppen (vorwiegend aus sozialistischen Herkunftsländern) mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Den türkischen rechtsextremen *Grauen Wölfen* unterstellte man den Mißbrauch des DDR-Territoriums für logistische Zwecke; ähnliche Absichten vermutete man bei der *Moslem-Bruderschaft*. Bei der exilkubanischen Organisation *Alpha 66* und den exilafghanischen Kräften befürchtete die Abteilung 4 "terroristische Angriffe" gegen Bürger und Einrichtungen der Sowjetunion in West-Berlin (weswegen der Staatssicherheitsdienst überhaupt zuständig war); verantwortlich war die Diensteinheit auch für die exilbulgarische Gruppe *Bulgarische Befreiungsbewegung* (*BOD*).[170] Die schon erwähnte Neuverteilung der Zuständigkeiten im Jahre 1985 führte zur Abgabe des Vorgangs zu den *Grauen Wölfen* und zur Übernahme der operativen Verantwortung für die *Arbeitsgemeinschaft 13. August* und die *Konservative Aktion* von der Abteilung XXII/1.

---

[165] Vgl. u.a. Informationsbedarf der Abteilung XXII/4 vom 6.3.1984 zu antisozialistischen und terroristischen Organisationen, Gruppierungen und Kräften in der BRD und West-Berlin; BStU, ZA, HA XXII 1136, Bl. 54-57.

[166] Vgl. Struktur- und Stellenplan; siehe auch Tätigkeitsbericht des Referats 4 der Abteilung 4 der Hauptabteilung XXII vom 31.3.1989 zur Bearbeitung des anonymen/pseudonymen Anrufgeschehens im Monat Februar 1989 (handschriftlich); BStU, ZA, HA XXII 17793, Bl. 11 f.

[167] Vgl. BStU, ZA, HA KuSch 108, o. Pag.

[168] Vgl. Jahresplan 1982 der Abteilung XXII vom 31.12.1981 (künftig: Jahresplan 1982); BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 1341-1378, hier 1351-1353; Wesentliche Ergebnisse der Abteilung XXII/4 vom 30.8.1983 zur politisch-operativen Arbeit, die anläßlich der Beschlüsse des X. Parteitages der SED erarbeitet wurden; BStU, ZA, HA XXII 5601, Bl. 264-267.

[169] Jahresplan 1986, Bl. 435; Berichterstattung der Abteilung XXII/4 vom 3.7.1985 zur Erfüllung der Plan- und Kampfaufgaben des 1. Halbjahres 1985; BStU, ZA, HA XXII 1734, Bl. 40-46.

[170] Vgl. Jahresplan 1982, Bl. 1351 f.; Jahresplan 1986, Bl. 435.

Die Abteilung 4 "bearbeitete" diese Organisationen in zwölf Operativen Vorgängen und vier Feindobjektakten (Stand 1987).[171] Durch die Beobachtung zahlreicher ehemaliger Bürger sozialistischer Staaten, die oft noch über persönliche Kontakte in den Ostblock verfügten oder sich in Fluchthilfeorganisationen engagierten, war die Abteilung 4 etwas weniger stark auf die Bundesrepublik ausgerichtet als die Abteilung 1 (deren neonazistisches "Feindpotential" höchst selten gegen die DDR offensiv wurde). Dreißig Operative Personenkontrollen (Stand 1987) richteten sich in der Mehrzahl gegen ostdeutsche Bürger, denen man eine "Republikflucht" unter Gewaltanwendung oder mittels Schleuser zutraute.[172]

Die Zahl der Inoffiziellen Mitarbeiter der Abteilung 4 stieg zuletzt von 41 im Jahre 1986[173] auf 66 im Jahre 1988. Darunter befanden sich 16 der besonders wichtigen IMB und 41 IMS sowie sieben IME und zwei GMS.[174] Die IMB stammten zu gleichen Teilen aus West- und Ostdeutschland (je acht); von den 42 IMS operierten 31 vom Territorium der DDR aus (Stand 31.12.1988). Die politische Haltung der IM, besonders derjenigen aus dem Westen, war nicht selten geprägt durch antikommunistische Ressentiments; dies erschwerte zumeist die Gewinnung und im Anschluß die vom MfS gewünschte "vertrauensvolle Zusammenarbeit". Das Motiv zur Kooperation lag denn auch besonders häufig im materiellen Bereich.[175]

Für die Aufklärung anonymer Drohanrufe lag seit 1982 die Federführung bei der Abteilung XXII/2, die von 1983 bis 1988 von Major Hartmut Düring und ab Sommer 1988 von Major Dieter Kreuthel geleitet wurde. Die Personalstärke lag zuletzt bei 15 hauptamtlichen Mitarbeitern, die auf zwei Referate verteilt waren. Das spezifische Tätigkeitsfeld der Abteilung 2, deren "Zielpersonen" politisch eher im rechten Spektrum beheimatet waren und bisweilen auch vor Gewalt nicht zurückschreckten, dürfte dazu beigetragen haben, daß die Abteilung - wie oben erwähnt - kurz vor der Bildung der Hauptabteilung XXII der Abteilung 4 ("Rechtsextremismus") zugeschlagen wurde.

---

[171] Stand 30.6.1987. Vgl. Halbjahresanalyse der Abteilung XXII/4 vom 5.7.1987 zur Einschätzung der Ergebnisse der politisch-operativen Arbeit sowie Auswertungs- und Informationstätigkeit; BStU, ZA, HA XXII 1733, Bl. 3-17, hier 3.

[172] Vgl. Jahresplan 1986, Bl. 440 f.

[173] Stand 30.11.1986. Vgl. Statistische Übersicht 1986, Bl. 281.

[174] Stand 28.12.1988. Vgl. Jahresplan 1989, Bl. 177. Die nachstehende Aufschlüsselung der geographischen Herkunft ergibt eine leicht erhöhte Zahl von IMS, die vermutlich aus den abweichenden Stichtagen resultiert (28. bzw. 31.12.1988).

[175] Vgl. Analyse des Leiters der Abteilung XXII/4, Günter Zorn, vom 21.2.1989 zu Ergebnissen des Jahres 1988 bei der Erweiterung und Qualifizierung des IM-Bestandes im Verantwortungsbereich der Abteilung XXII/4; BStU, ZA, HA XXII 521, o. Pag.

Als Gewaltandrohungen betrachtete die Staatssicherheit "demonstrative Bekundungen bzw. Ankündigungen von Terror- und anderen operativ bedeutsamen Gewaltakten, insbesondere Attentate, Morde, Geiselnahmen, Entführungen, Erpressungen, Überfälle, Sprengstoffanschläge, Explosionen, Brände, sogenannte 'Bombenlegungen' und andere Gemeingefahren". Die Abteilung 2 sollte die Koordinierung der "Maßnahmen zur operativen Bearbeitung" übernehmen und bei "ausgewählten" Drohanrufen auch die vorgangsmäßige Bearbeitung sicherstellen.[176] Kriterien für die Zuständigkeit der Linie "Terrorabwehr" waren eine besondere Sicherheitsrelevanz der Drohung und überörtlich agierende Täter.[177] So befaßte sich die Abteilung XXII/2 mit anonymen wie pseudonymen Gewaltandrohungen aus beiden Teilen Deutschlands, die sich gegen die Repräsentanten des Staates (bzw. der Staatspartei) oder gegen wichtige Institutionen der DDR richteten. Zuständig war die Abteilung 2 auch für anonyme Drohungen gegen Botschaften befreundeter Staaten auf dem Boden der DDR sowie gegen die Ständige Vertretung der DDR in Bonn.[178] Ihre Aufgabe war es auch, vorbeugende Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zu ergreifen[179] und eine ständige Übersicht über die aktuellen Gefahren und die längerfristigen Tendenzen des "Drohgeschehens" zu gewährleisten.[180] Das Tätigkeitsfeld umschloß ferner die Erstellung taktischer Richtlinien für die Entgegennahme von Drohanrufen durch die Diensthabenden im MfS.[181] Zur Identifikation von anonymen Anrufern und Briefeschreibern unterhielt die Abteilung 2 intensive Arbeitsbeziehungen vor allem zur Hauptabteilung III (Funkaufklärung), zur Abteilung 26 (Telefonüberwachung) und zum OTS (Operativ-Technischer Sektor).[182] Eine Sammlung von Handschriften diente als schnell verfügbares Arbeitsmittel.[183]

Umfangreiche Aktivitäten löste der Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik im September 1987 aus, in dessen Zusammenhang kurzfristig allein 30 Operative Materialien

---

[176] Vgl. 5. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung 1/81 vom 12.7.1984, 22 S., hier S. 3 und 7; BStU, ZA, DSt GVS MfS 0008-60/84. Siehe auch Diskussionsbeitrag von Klaus Achtenberg auf der Dienstkonferenz am 25./26.1.1983; BStU, ZA, HA XXII 5842, Bl. 811-818.

[177] Das generell übersteigerte Sicherheitsbedürfnis des MfS spiegelt sich auch in der Tätigkeit dieser (Unter-)Abteilung. Als beispielsweise ein siebzehnjähriger Schüler aus Neumünster in einem höflich gehaltenen Brief an Erich Honecker nach der Situation der Menschenrechte in der DDR fragte und um ein Gespräch mit ihm nachsuchte, wurde auch dies als Gewaltandrohung interpretiert und eine OPK eingeleitet (OPK "Hotel", 1987). Vgl. BStU, ZA, HA XXII 695, Bl. 665.

[178] Vgl. Jahresplan 1989 der Abteilung XXII/2 vom 1.12.1988 (künftig: Jahresplan 1989 der Abteilung XXII/2); BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 75-102.

[179] Ebenda, Bl. 76.

[180] Vgl. 5. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung 1/81 vom 12.7.1984, 22 S., hier S. 7; BStU, ZA, DSt GVS MfS 0008-60/84.

[181] Vgl. Jahresplan 1989 der Abteilung XXII/2, Bl. 94.

[182] Ebenda, Bl. 88.

[183] Vgl. Grundeinschätzung der Arbeitsergebnisse der Abteilung XXII/2 vom 9.9.1988; BStU, ZA, HA XXII 5437, Bl. 144-156, hier 147.

angelegt wurden (von 52 durch die Abteilung 2 im Dezember 1987 insgesamt bearbeiteten Vorgängen dieser Kategorie).[184] Oft waren langjährige Ermittlungen vonnöten, um einzelne, besonders hartnäckige Anrufer aus der Bundesrepublik zu identifizieren. Insgesamt wurden jedoch nur wenige Einzeldrohungen einer weitergehenden "Bearbeitung" unterzogen - die gesamte Abteilung 2 führte, etwa 1988, lediglich drei Operative Vorgänge und ebensoviele Operative Personenkontrollen durch.[185] Insgesamt ereigneten sich jährlich mehrere hundert Vorkommnisse, die als "Androhung von Terror" aufgefaßt wurden.[186] Etwa ein Viertel davon konnte durch die Abteilung XXII/2 und andere Linien des MfS aufgeklärt werden.[187]

Die Inoffiziellen Mitarbeiter der Abteilung waren fast ausschließlich Bürger der DDR; alle 16 IMS kamen dorther, lediglich ein IMB stammte aus der Bundesrepublik (1988).[188] Zusammen mit drei GMS verfügte die Abteilung 2 im Jahre 1988 somit über insgesamt 20 Inoffizielle Mitarbeiter.[189] Die Mehrzahl war als Reise-IM im Westen oder als Spezialist für die Identifizierung von Handschriften und Stimmen tätig. Letztgenannte Qualifikation besaßen in Ostdeutschland nur wenige Experten; die Abteilung beklagte, daß die objektiven Möglichkeiten zur Gewinnung weiterer IM - auch aufgrund ihrer Nutzung durch andere Diensteinheiten - nahezu ausgeschöpft seien.[190]

---

[184] Vgl. Berichterstattung der Abteilung XXII/2 vom 8.12.1988 zur Planerfüllung 1988; BStU, ZA, HA XXII 17793, Bl. 3-10.

[185] Vgl. Grundeinschätzung der Arbeitsergebnisse der Abteilung XXII/2 vom 9.9.1988; BStU, ZA, HA XXII 5437, Bl. 144-156. Während die Abteilung 2 im Verlauf des Jahres 1988 einen OV, zwei OPK und vier OM neu anlegte, wurden zugleich 37 neu angefallene "Einzeldrohungen" (nicht zu verwechseln mit den OM) nur kurzzeitig bearbeitet. Vgl. Berichterstattung der Abteilung XXII/2 vom 8.12.1988 zur Planerfüllung 1988; BStU, ZA, HA XXII 17793, Bl. 3-10, hier 7.

[186] So gab es etwa im Zeitraum 1.10.1984 bis 30.9.1985 407 telefonische und 36 schriftliche Drohungen gegen die DDR (sowie ihre Repräsentanten und Institutionen im Ausland). Vgl. Einschätzung der Abteilung XXII/2 vom 4.10.1985 zur politisch-operativen Lage im Zeitraum vom 1.10.1984 bis 30.9.1985; BStU, ZA, HA XXII 1734, Bl. 68-77.

[187] Vgl. Material zum Referat des Leiters der Delegation des MfS, Gerhard Neiber, auf der multilateralen Beratung der Bruderorgane vom 24.-27.11.1987 in Varna/Volksrepublik Bulgarien; BStU, ZA, HA XXII 18605, Bl. 40-248, hier 157. Möglicherweise war diese Zahl gegenüber den Vertretern anderer sozialistischer Geheimdienste geschönt worden, denn vier Jahre zuvor hatte Neiber noch eine Aufklärungsquote von lediglich 15 Prozent genannt. Vgl. Referat Neiber 1983, Bl. 588.

[188] Vgl. Analyse des Leiters der Abteilung XXII/4, Günter Zorn, vom 21.2.1989 zu Ergebnissen des Jahres 1988 bei der Erweiterung und Qualifizierung des IM-Bestandes im Verantwortungsbereich der Abteilung XXII/4, 16 S., hier S. 2; BStU, ZA, HA XXII 521, o. Pag.

[189] Stand 28.12.1988. Vgl. Jahresplan 1989, Bl. 177.

[190] Vgl. Jahresplan 1989 der Abteilung XXII/2, Bl. 85.

3.2.2. Die "Bearbeitung" des bundesdeutschen "Linksextremismus" und des internationalen Terrorismus

In den ersten Jahren nach Gründung der Abteilung XXII befaßte sich die (Unter-) Abteilung XXII/1 mit dem bundesdeutschen Linksextremismus und dem internationalen Linksterrorismus. Mit dem Befehl 17/79 wurde der "Terrorabwehr" förmlich die federführende Zuständigkeit für diese Zielgruppen übertragen.[191] Die "planmäßige Bearbeitung" der westdeutschen *Roten Armee Fraktion* (*RAF*) begann noch im gleichen Jahr; auch die *Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten* (*KPD/ML*) mit ihrer *Sektion DDR* und der *Kommunistische Bund Westdeutschlands* (KBW) fanden schon frühzeitig Beachtung.[192] Der Zuständigkeitsbereich erweiterte sich rasch und umfaßte im Jahre 1980 auch einige Personen aus dem Umfeld der *Tageszeitung* (*taz*) sowie einige bundesdeutsche "Neotrotzkisten" (zu denen allein drei OV eingeleitet werden sollten). Die zu dem weltweit gesuchten "Carlos" angelegte OPK wurde in einen OV überführt. Darüber hinaus sammelte man Informationen zu Splittergruppen des arabischen Terrorismus und suchte nach Ansatzpunkten für eine Kontaktierung von Mitgliedern der italienischen *Roten Brigaden* (*BR*).[193]

Im Jahre 1981 wurde die bisherige Abteilung XXII/1 aufgelöst und ihr Verantwortungsbereich auf die neu gebildeten Abteilungen XXII/3 und XXII/8 aufgeteilt. Leiter der Abteilung 3 wurde zunächst Major Dieter Weibrecht, ab Januar 1985 bis zu ihrer Auflösung Major Michael Joachimsthal. Die Stärke der Abteilung 3 lag vermutlich unter 15 Mitarbeitern. Sie richtete ihre Aufmerksamkeit fortan auf das linksextreme und linksradikale Spektrum in der Bundesrepublik (während eindeutig terroristische Organisationen in die Zuständigkeit der Abteilung 8 fielen). Die Abteilung 3 konzentrierte ihre Aufklärungstätigkeit auf alle deutlich links von der SPD stehenden Gruppierungen mit DDR-kritischer bis -feindlicher Ausrichtung. Im Verständnis des Staatssicherheitsdienstes handelte es sich hierbei um "trotzkistische" oder "maoistische" Abweichungen vom SED-Sozialismus.[194]

---

191 Vgl. Befehl 17/79.

192 Vgl. Jahresplan 1979 des Leiters der Abteilung XXII vom 24.1.1979; BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 853-887 (unvollständig), hier 857 f.

193 Vgl. Jahresplan 1980 des Leiters der Abteilung XXII vom 24.1.1980; BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 1420-1470, hier 1434 f.

194 Vgl. hierzu u.a. Auskunftsbericht der ZAIG vom 25.10.1979 zu linksextremistischen und trotzkistischen Organisationen, Gruppen und Kräften und ihre gegen die DDR gerichteten Aktivitäten (Band I); BStU, ZA, ZAIG 8104; Ergebniszusammenfassung und Inhaltsverzeichnis der Forschungsarbeit 'Wesen und Rolle in der BRD und Westberlin existierender pseudorevolutionärer linksextremistischer Kräfte und Gruppen' der Juristischen Hochschule Potsdam vom 7.8.1975; BStU, ZA, JHS 21860, 83 S.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit war die Bekämpfung der pro-albanischen *KPD/ML* mit ihrer *Sektion DDR*.[195] Diese versuchte innerhalb der DDR maoistische Agitation zu betreiben und Anhänger zu gewinnen; das MfS verhinderte dies frühzeitig und beabsichtigte, die *KPD/ML* auch im Westen zu zerschlagen (OV "Sektion" und OV "Bauer"). Zeitweilig hatte der Staatssicherheitsdienst sogar damit geliebäugelt, gleichzeitig "diese feindlichen Kräfte an ihrer Ausgangsbasis (BRD/Westberlin) durch geeignete Maßnahmen zu zersetzen, gegeneinander auszuspielen und in verschärfte Auseinandersetzungen mit rechtsextremistischen Kreisen sowie den Machtapparat in der BRD und in Westberlin zu verwickeln".[196] Auch der *KBW* wurde recht intensiv beobachtet: drei OPK und drei Operative Materialien sollten die Voraussetzungen eines direkten "operativen Kontaktes" schaffen.[197] Im Herbst 1985 waren in Feindobjektakten außerdem Gruppierungen erfaßt wie der *Bund Westdeutscher Kommunisten* (*BWK*), die *Marxistischen Gruppen* (*MG*), das *Sozialistische Büro* (*SB*) und die *Gruppe Internationaler Marxisten* (*GIM*). "Operative Handakten" zum Zweck aktueller Auskunftsfähigkeit legte die Abteilung etwa zur *Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands* (*MLPD*) an.[198] Gegen die DDR gerichtete Aktivitäten witterte sie auch bei der *Tageszeitung*[199] und der Zeitschrift *Radikal*. Die Intensität der "Bearbeitung" dieser "Feindobjekte" ging freilich über eine präventive Beobachtung nicht wesentlich hinaus.[200]

Neben den festgefügten Parteien und Gruppierungen geriet die undogmatische Linke zunehmend in das Visier der Abteilung 3. Hierzu zählten die Anfang der achtziger Jahre stark angewachsene Hausbesetzerszene in West-Berlin, verschiedene alternative und "bunte" Gruppen sowie die Anti-Atomkraftbewegung. Die federführende "Bearbeitung" der unabhängigen Friedensbewegung der DDR durch die Hauptabteilung XX (Politischer Untergrund u. a.) sollte die Abteilung XXII unterstützen, indem sie die vermuteten Rückverbindungen zu den *Neuen Sozialen Bewegungen* im Westen kontrollierte. Innerhalb der *Alternativen Liste Westberlin* hoffte man, vermeintlich "prochinesische" Kräfte gezielt zurückdrängen zu können.[201]

---

[195] Siehe auch Karl Wilhelm Fricke: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984, S. 186-188.

[196] Nicht bestätigter Jahresplan 1976 des Leiters der Abteilung XXII vom 30.1.1976; BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 1471-1513, hier 1484.

[197] Jahresplan 1982, Bl. 1357.

[198] Vgl. Zuarbeit der Abteilung XXII/3 vom 30.10.1985 zur Planvorgabe des Leiters der Diensteinheit; BStU, ZA, HA XXII 5199, o. Pag.

[199] Vgl. Tageszeitung (taz) vom 28. bis 31.12.1992 (Serie), S. 5.

[200] Vgl. Jahresplan 1981 des Leiters der Abteilung XXII vom 30.12.1980 (künftig: Jahresplan 1981); BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 1381-1419.

[201] Vgl. Jahresplan 1984 der Abteilung XXII vom 20.12.1983 (S. 31-43 fehlen) (künftig: Jahresplan 1984); BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 1266-1295, hier 1276.

Mit dem Versuch des Staatssicherheitsdienstes, die Verantwortungsbereiche der nach Westen arbeitenden Diensteinheiten durch den Erlaß einer "Feindobjektliste" abzugrenzen (GVS 4/85[202]), wurde der Zuständigkeitsbereich der Abteilung XXII/3 eingeschränkt. Die (Unter-)Abteilung pochte zwar auf den unverändert gültigen Befehl 17/79,[203] konnte sich mit dieser Position aber nicht durchsetzen und mußte schließlich die Verantwortlichkeit der Abteilung II der HV A (Aufklärung) für die *MLPD* und den *Kommunistischen Bund* (*KB*) akzeptieren.[204] Die *Sektion DDR* der *KPD/ML* verblieb vorläufig in der Verantwortung der Abteilung 3.[205] Da diese aber vom Staatssicherheitsdienst mittlerweile erfolgreich "zersetzt" worden war, schwand die Existenzgrundlage der Abteilung XXII/3. Zum 1. September 1986 wurde sie aufgelöst.

Wesentlich bedeutsamer als die Abteilung 3, die lediglich sechs Prozent der Operativ-Informationen der gesamten Abteilung XXII hatte erarbeiten können,[206] war die Abteilung 8. Auch sie war 1981 aus der Abteilung 1 hervorgegangen und hatte dann innerhalb der "Terrorabwehr" die schwierigste und wohl ambivalenteste Aufgabenstellung zu lösen. Sie bearbeitete den westdeutschen Linksterrorismus sowie die palästinensische Terrorszene und hatte es insofern mit dem militantesten und quantitativ stärksten Täterpotential zu tun. Angeleitet wurde die Abteilung von Major Helmut Voigt (seit Februar 1981) und seinem Stellvertreter Major Hans-Hermann Petzold (seit März 1985). Sie gliederte sich in drei operative Referate mit den Leitern Major Eberhard Kind (Referat 1), Major Manfred Witter (Referat 2) und Major Günter Müller (Referat 3) und ein Auswertungs- und Informationsreferat 4, angeleitet von Major Frank Förster (Stand 1989). Die Gesamtstärke der Abteilung betrug kurz vor der Bildung der Hauptabteilung im Jahre 1989 41 Mitarbeiter.[207]

Die "Bearbeitung" der aktiven Mitglieder der *Roten Armee Fraktion* und der in ihr aufgegangenen *Bewegung 2. Juni* (OV "Stern I" ab 1981) lag in der Verantwortung des Referates 1 der Abteilung 8.[208] Hier wurden auch Operative Personenkontrollen zu den *Revolutionären Zellen* und der *Roten Zora* (*RZ*) sowie zu den militanten "autonomen" und "anti-

---

[202] Siehe auch Aktenvermerk der Abteilung XXII/8 vom 24.10.1988; BStU, ZA, HA XXII 5479, Bl. 14.

[203] Vgl. u.a. Aktenvermerk der Abteilung XXII/3 vom 26.6.1985; BStU, ZA, HA XXII 5199, o. Pag. In dem Dokument wird - vermutlich irrtümlich - von der Dienstanweisung 4/85 statt von der GVS 4/85 gesprochen.

[204] Vgl. Ergebnisse der Plankontrolle 1985 der AKG der Abteilung XXII vom 10.12.1985; BStU, ZA, HA XXII 5601, Bl. 246-263, hier 253.

[205] Vgl. BStU, ZA, HA XXII 5199, o. Pag.

[206] Vgl. Ergebnisse der Plankontrolle 1985 der AKG der Abteilung XXII vom 10.12.1985; BStU, ZA, HA XXII 5601, Bl. 246-263, hier 258.

[207] Vgl. BStU, ZA, HA KuSch 108, o. Pag.

[208] Vgl. Jahresplan 1981, Bl. 1393.

imperialistischen" Gruppen in der Bundesrepublik durchgeführt.[209] Im Visier der Abteilung standen ferner laut der schon erwähnten Feindobjektliste (GVS 4/85) die französische Terrororganisation *Action Directe*, die italienischen *Roten Brigaden*, die belgischen *CCC* (*Kämpfende Kommunistische Zellen*), die baskische *ETA* und die irische *IRA*.[210]

Der Staatssicherheitsdienst verhielt sich gegenüber den bundesdeutschen Linksterroristen lange Zeit passiv und ließ die im Westen steckbrieflich gesuchten Täter unbehelligt den Ostberliner Flughafen Schönefeld frequentieren. Später ging die Duldung bisweilen in Formen der Unterstützung über. So veranlaßte das MfS 1978 die Freilassung Inge Vietts, nachdem die Angehörige der *Bewegung 2. Juni* in der Tschechoslowakei inhaftiert worden war.[211] Als im Herbst 1979 acht steckbrieflich gesuchte *RAF*-Mitglieder den Untergrund verlassen und aussteigen wollten, organisierte die Abteilung XXII/8 ihre Aufnahme in die DDR unter neuer Identität.[212] Die Ex-Terroristen waren zunächst Gegenstand Operativer Personenkontrollen, wurden dann im Rahmen des 1981 neuangelegten OV "Stern II" bearbeitet und waren schließlich teilweise als IM tätig. Zur Absicherung ihrer falschen Identität wurden 1989 zwei IMB sowie 18 IMS eingesetzt.

In einigen Fällen kam es zu einer regelrechten Kooperation mit aktiven Terroristen aus dem Westen. Zwischen 1980 und 1982 beherbergte die Abteilung 8 zwei- bis dreimal jährlich *RAF*-Mitglieder[213] und trainierte sie (im Zusammenhang mit dem Attentat auf den US-General Frederik Kroesen)[214] in Briesen bei Frankfurt im Umgang mit Waffen.[215] Auf eine gewisse Sympathie Erich Mielkes für den bundesdeutschen Linksterrorismus deuten seine von Markus Wolf kolportierten Gedankenspiele hin, für den Fall eines militärischen

---

[209] Vgl. Jahresplan 1987 der Abteilung XXII vom 30.12.1986 (künftig: Jahresplan 1987); BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 263-325, hier 277 f.

[210] Vgl. Präzisierung der operativen Verantwortlichkeiten (Arbeitsgegenstände) der Referate 1 und 3 der Abteilung XXII/8 vom 28.6.1988 (Entwurf); BStU, ZA, HA XXII 5479, Bl. 1-8; Vorgaben des Leiters der Abteilung XXII/8, Helmut Voigt, vom 27.10.1988 für die Jahresplanung 1989 des Referats 1; BStU, ZA, HA XXII 5479, Bl. 9-11.

[211] Information vom 3.5.1979 zu Aktivitäten von Vertretern der palästinensischen Befreiungsorganisation in Verbindung mit internationalen Terroristen zur Einbeziehung der DDR bei der Vorbereitung von Gewaltakten in Ländern Westeuropas; BStU, ZA, HA XXII 18613, Bl. 277-292, hier 287.

[212] Vgl. Interview mit Gerhard Neiber, in: Neues Deutschland vom 23./24.6.1990, S. 9. Wegen der damit mutmaßlich verbundenen "Strafvereitelung" ist gegen Gerhard Neiber sowie fünf weitere Hauptamtliche Mitarbeiter Anklage erhoben worden. Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 9.5.1995, S. 2.

[213] Vgl. Interview mit Helmut Pohl, in: Frankfurter Rundschau vom 2.7.1991, S. 7 f.; Süddeutsche Zeitung vom 19.3.1992, S. 8; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.6.1993, S. 3.

[214] Vgl. Helmut Voigt: "Es ging um Schmidt/Strauß", in: Der Spiegel Nr. 26/1991, S. 94 f. Wegen des nicht sicher festzustellenden Zeitpunkts dieser Übungen (und der damit verknüpften strafrechtlichen Relevanz) wurde das diesbezügliche Ermittlungsverfahren gegen Erich Mielke und sechs seiner Mitarbeiter am 16. September 1994 eingestellt. Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 17./18.9.1994, S. 2.

[215] Vgl. Der Spiegel Nr. 14/1991, S. 22-26; Der Spiegel Nr. 26/1991, S. 92-95.

Konflikts die *RAF* in die Sabotageplanungen gegen den Westen einzubeziehen.[216] Reale Konsequenzen hatte die Unterstützung des internationalen Terrorismus dagegen beim Anschlags auf das Westberliner "Maison de France" (1 Toter und 21 Verletzte), bei dem ein Mitstreiter von "Carlos", der ehemalige Angehörige der *Revolutionären Zellen*, Johannes Weinrich, seine Verbindungen zur syrischen Botschaft in Ost-Berlin nutzte, um sich beschlagnahmten Sprengstoff vom Leiter der Abteilung 8, Major Helmut Voigt, wieder aushändigen zu lassen.[217] Der vielfältige Mißbrauch der diplomatischen Immunität (insbesondere zum Transport von Waffen) durch Angehörige arabischer Botschaften war dem MfS wohlbekannt.[218]

Ziel des Staatssicherheitsdienstes war die lückenlose Aufklärung des konspirativ strukturierten linksterroristischen Milieus und die Abwehr von - vermeintlichen - Gefahren für die DDR. In diesem Sinne bemühte sich die Abteilung 8, alle denkbaren Kontakte der Terroristen in die DDR - etwa zu ihren ostdeutschen Familienangehörigen - herauszufinden,[219] die oftmals namentlich noch unbekannten Akteure im Westen zu identifizieren und genaue Kenntnis über das Unterstützermilieu zu erlangen[220]. Erkannte aktive Terroristen wurden bei der Durchreise überwacht und die Abteilung XXII informiert.[221] Daß der Staatssicherheitsdienst keineswegs an eine Festnahme der im Westen steckbrieflich gesuchten Straftäter dachte, lag daran, daß die DDR sich gerade diese Terrorgruppen nicht zum Feind machen wollte. Es galt "ein Abgleiten linksterroristischer Kräfte in das Lager des Gegners zu verhindern".[222] Insbesondere der palästinensische Terrorismus wurde immer auch als "Befreiungsbewegung" verstanden. So fanden "Carlos" und seine Mitstreiter Unterschlupf in Ost-Berlin und dienten dem MfS als Informationsquelle über

---

216 Vgl. Interview mit Markus Wolf, in: Tageszeitung (taz) vom 25.8.1994, S. 10.

217 Vgl. Fritz Schmaldienst und Klaus-Dieter Matschke: Carlos-Komplize Weinrich. Die internationale Karriere eines deutschen Top-Terroristen, Frankfurt a.M. 1995.

218 Vgl. u.a. Schreiben von Gerhard Neiber an Erich Mielke o.D. [Ende 1986]; BStU, ZA, HA XXII 1182, Bl. 1-18. Siehe auch Information o.D. [1.9.1986] zum Volksbüro der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya (SLAVJ) in der Deutschen Demokratischen Republik; BStU, ZA, HA II/15 883/1, Bl. 88-95.

219 Vgl. Bisherige Erkenntnisse und Hinweise der Abteilung XXII vom 6.9.1979 über Zusammenhänge und Hintergründe des Wirksamwerdens von Familienangehörigen inhaftierter bzw. ums Leben gekommener Anarcho-Terroristen in der BRD/WB unter versuchter Einbeziehung der DDR; BStU, ZA, HA XXII 1752, Bl. 30-40.

220 Vgl. u.a. BStU, ZA, HA XXII 18623; BStU, ZA, HA XXII, AP 73194/92, Bl. 103.

221 Vgl. Handlungsvarianten der Abteilung XXII/8 vom 22.1.1985 bei Anfall von Personen des linksterroristischen Mitglieder-, Unterstützer- und Sympathisantenpotentials an den Grenzübergangsstellen der DDR; BStU, ZA, HA XXII 17630, Bl. 140-143.

222 Erfahrungen der Abteilung XXII vom März 1988 bei der Organisierung der vorbeugenden Terrorabwehr; BStU, ZA, HA XXII 5538, Bl. 127-145, hier 140.

die weltweite Terrorszene.[223] Ab 1983 bemühte man sich jedoch, die zunehmend unliebsam gewordenen Gäste wieder loszuwerden.[224]

Zuständig für die "Bearbeitung" von "Carlos" und seiner Mitstreiter (OV "Separat") war das Referat 3 der Abteilung 8. Es befaßte sich ferner (wie auch das Referat 1) mit der autonomen und antiimperialistischen Szene (besonders in Berlin-Kreuzberg). Nach der Auflösung der Abteilung XXII/3 übernahm dieses Referat auch Zuständigkeiten für die ehemaligen Mitglieder der *KPD/ML* und die DDR-Verbindungen von Mitarbeitern der *taz*.[225]

Dem Referat 2 oblag die "Bearbeitung" weiterer militanter arabischer und insbesondere palästinensischer Organisationen unter dem Dach der *PLO*.[226] Besonders konzentrierte man sich auf die Gruppe um Abu Mohamed (OV "Golf") und den Kreis um Abu Ibrahim *Arabische Organisation des 15. Mai* (OV "Spezialist"). Auch die Abu-Nidal-Gruppe und deren Kontaktpersonen (OV "Nessel", OV "Verschwörer" und OV "Händler") waren Gegenstand großer Aufmerksamkeit.[227] In Zusammenarbeit mit den sowjetischen Geheimdiensten wurden ferner die *Armenische Geheimarmee zur Befreiung Armeniens* und verwandte Gruppen aufgeklärt (OV "Jan").[228] Selbst für die räumlich weit entfernt agierende *Japanische Rote Armee Fraktion* entwickelte die Abteilung XXII Interesse und konnte sogar eine Reihe von IM gewinnen.

Ingesamt verfügte die Abteilung 8 im Jahre 1988 über 86 Inoffizielle Mitarbeiter der Kategorien IMS und IMB. Darunter befanden sich 22 IMB aus dem Westen, denen besonderes Gewicht zukam. Des weiteren waren noch 13 Mitarbeiter der gleichen Kategorie aktiv, die aus dem Osten Deutschlands stammten, sowie 51 IMS.[229] Das Anforderungsprofil der Abteilung 8 - wie auch der Abteilung 3 - an die Inoffiziellen Mitarbeiter zielte auf DDR-Bürger, die an den "Berührungspunkten" mit den verschiedenen terroristi-

---

223 Vgl. Der Spiegel Nr. 35/1994, S. 133.

224 Jahresplan 1985 der Abteilung XXII vom 20.12.1984; BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 630-675, hier 640.

225 Vgl. Präzisierung der operativen Verantwortlichkeiten (Arbeitsgegenstände) der Referate 1 und 3 der Abteilung XXII/8 vom 28.6.1988 (Entwurf); BStU, ZA, HA XXII 5479, Bl. 1-8; Vorgaben des Leiters der Abteilung XXII/8, Helmut Voigt, vom 27.10.1988 für die Jahresplanung 1989 des Referats 3; BStU, ZA, HA XXII 5479, Bl. 12 f.

226 Vgl. Übersicht der Abteilung XXII/8 vom 2.12.1987 über aktuelle operative Schwerpunktbereiche und Schwerpunkte des Arbeitsgegenstandes der Abteilung XXII/8, grundsätzliche operative Vorgehensweisen und die strukturelle Dislozierung der Mitarbeiter (S. 4 des Originaldokuments fehlt); BStU, ZA, HA XXII 5479, Bl. 15-22.

227 Vgl. Jahresplan 1987, Bl. 275.

228 Vgl. Jahresplan 1984, Bl. 1274.

229 Stand 31.12.1988. Vgl. Analyse des Leiters der Abteilung XXII/8, Oberstleutnant Helmut Voigt, vom 22.2.1989 zur IM-Arbeit auf der Grundlage der 1988 erzielten Ergebnisse bei der Qualifizierung und Erweiterung des IM-Bestandes in den Kategorien IMB/IMS; BStU, ZA, HA XXII 521, o. Pag.

schen Organisationen eingesetzt werden konnten (insbesondere ostdeutsche Verwandte von bundesdeutschen Linksextremisten). Aber auch "Szenekenner" aus dem Westen (wie Rechtsanwälte oder auch Ex-Terroristen wie Till Meyer[230]) waren gefragt. Darüber hinaus wurden ostdeutsche Partnerinnen von in der DDR lebenden Arabern gezielt für eine Zusammenarbeit geworben. Werbungen aus dem eigentlichen terroristischen Milieu sollten dagegen nur unter bestimmten Bedingungen und unter größter Vorsicht vorgenommen werden.[231]

Tabelle 7: *Die Einsatzrichtung der IMB der Abteilung 8 (1988)*[232]

	IMB		IMB
Abu Nidal	6	ETA	2
Carlos	5	Action Directe	1
17. Büro der PLO	4	CCC	1
PFLP-GC	3	Rote Brigaden	1
Abu Mohamed	3	IRA	1
15. Mai/Abu Ibrahim	2	Japanische Rote Armee Fraktion	3
Moslembrüderschaft	2	Armenische Geheimarmee	3
RAF, "Stern I"	4		
RAF, "Stern II"	2		
Revolutionäre Zellen	4		
Autonome	3		
Militante Westberlin	3		

Die Gewinnung Inoffizieller Mitarbeiter wurde im Bereich des politischen Linksextremismus teilweise durch ideologische Affinitäten begünstigt. Im Ergebnis war die Abteilung XXII/8 über die internen Vorgänge etwa der *PLO* mit bemerkenswerter Präzision unterrichtet.[233] Die Informationen stammten teilweise auch aus anderen Diensteinheiten, insbesondere der HV A. Der gute Kenntnisstand ermöglichte es der Abteilung XXII/8, die diversen Fraktionen der *PLO* gezielt mit unterschiedlichen Informationen zu versorgen und solchermaßen "Desinformation" zu betreiben.[234] Allerdings entgingen die terroristischen "Zielpersonen" auch immer wieder der Beobachtung durch die Staatssicherheit, indem sie bei der Einreise in die DDR gefälschte Personalpapiere verwendeten,

---

[230] Vgl. Tageszeitung (taz) vom 27.1.1992, S. 3.

[231] Vgl. Übersicht der Abteilung XXII/8 vom 2.12.1987 über aktuelle operative Schwerpunktbereiche und Schwerpunkte des Arbeitsgegenstandes der Abteilung XXII/8, grundsätzliche operative Vorgehensweisen und die strukturelle Dislozierung der Mitarbeiter (S. 4 des Originaldokuments fehlt); BStU, ZA, HA XXII 5479, Bl. 15-22, hier 16.

[232] Mehrfachnennungen möglich. Vgl. Analyse des Leiters der Abteilung XXII/8, Oberstleutnant Helmut Voigt, vom 22.2.1989 zur IM-Arbeit auf der Grundlage der 1988 erzielten Ergebnisse bei der Qualifizierung und Erweiterung des IM-Bestandes in den Kategorien IMB/IMS; BStU, ZA, HA XXII 521, o. Pag.

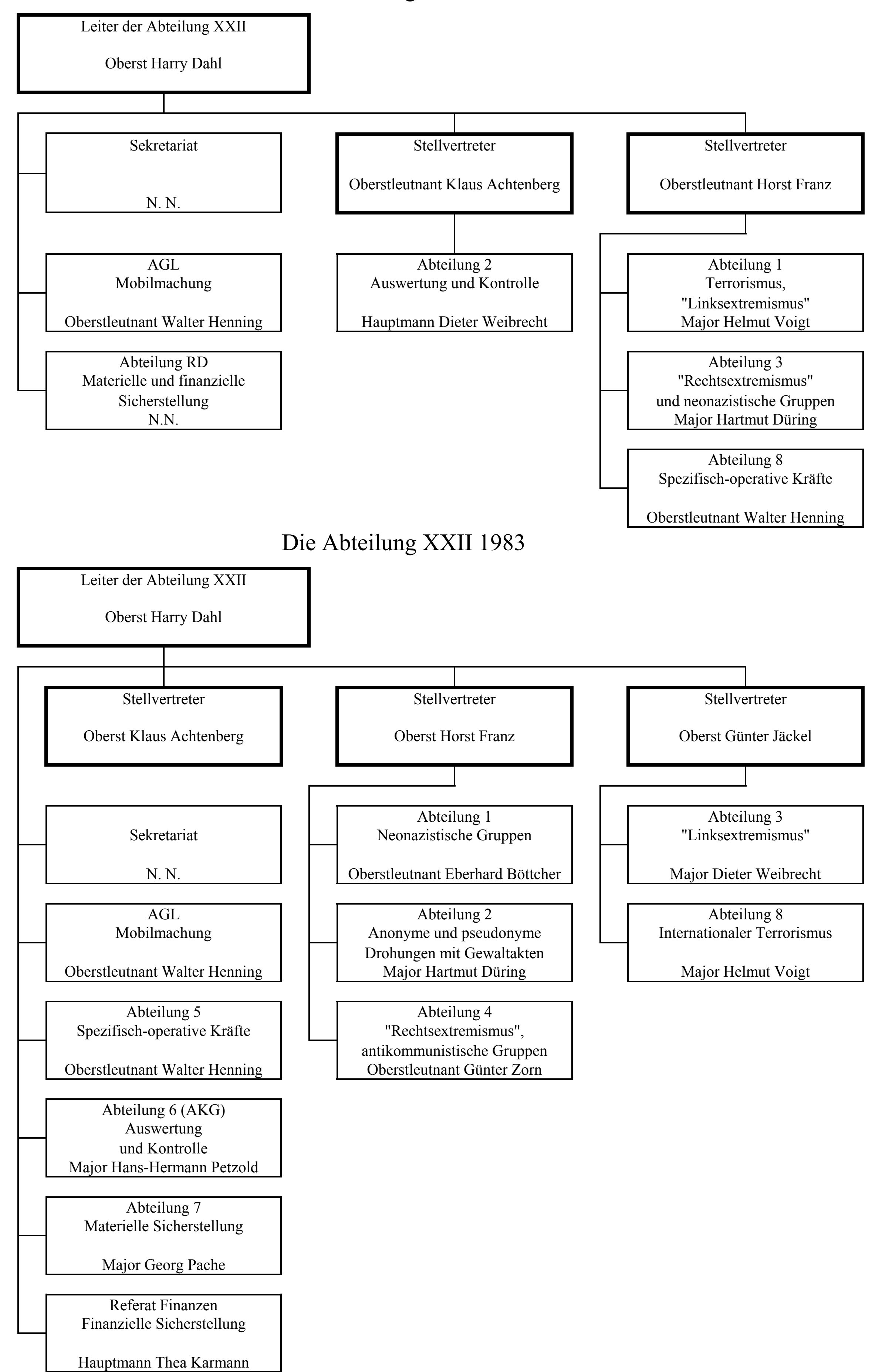
[233] Vgl. u.a. Bericht der Abteilung XXII/8 vom 1.7.1986 über den Transfer-Aufenthalt der Person "Gast"; BStU, ZA, HA XXII 671, Bl. 439-450.

[234] Vgl. u.a. Schreiben des Leiters der Abteilung XXII an Gerhard Neiber vom 18.8.1981; BStU, ZA, HA XXII 18613, Bl. 87.

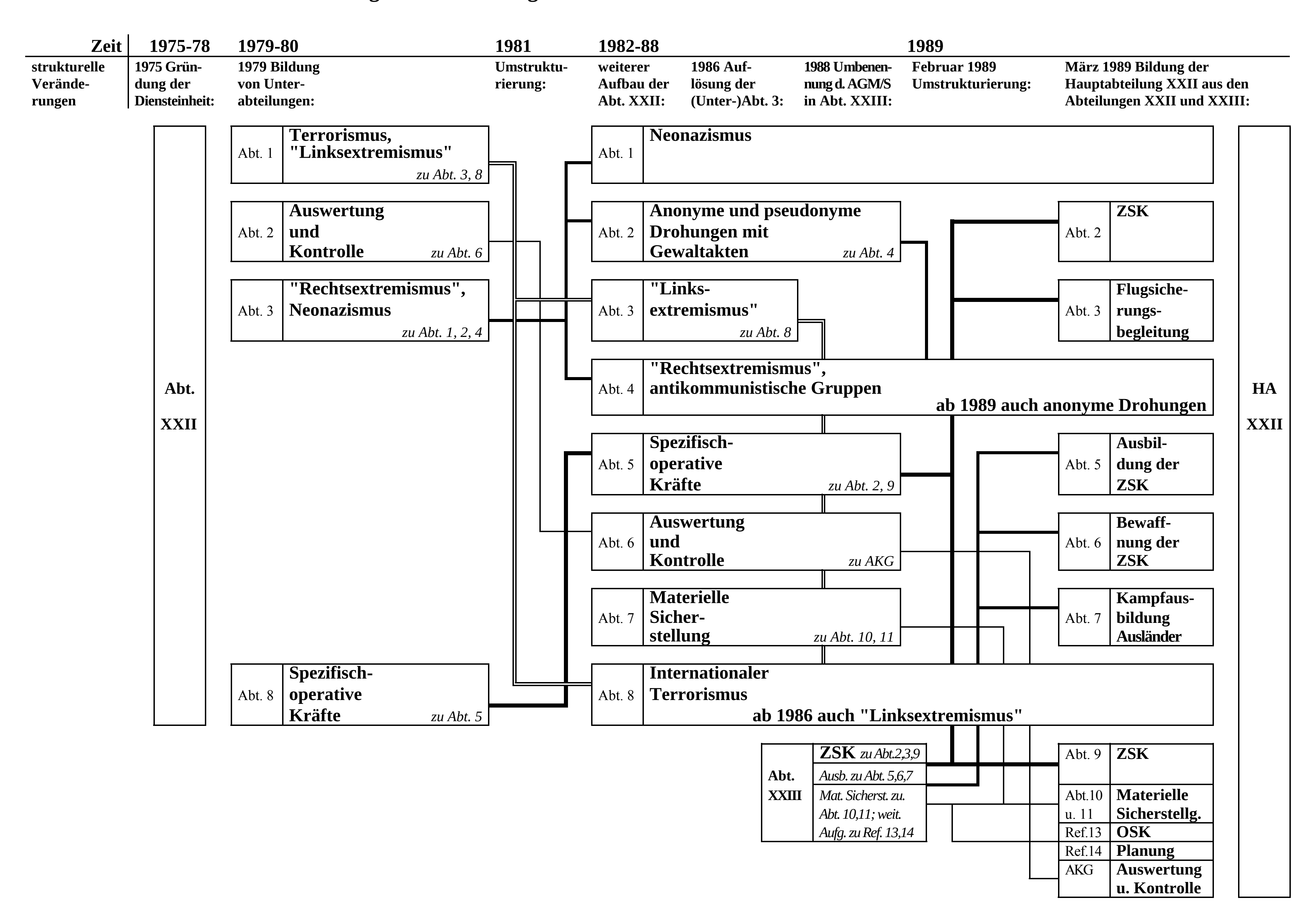
die dem MfS noch unbekannt waren. Und eine aktive Einflußnahme auf die bearbeiteten Gruppen war - das zeigt der Fall des unberechenbaren "Carlos" - nur begrenzt möglich.

Die Abteilung XXII 1980

Die Abteilung XXII 1983



Übersicht über die Aufgabenentwicklung in der "Terrorabwehr"



4. Anhang

Überblickstabellen

Tabelle 8: *Ist-Personalbestand der Linie XXII (1975 bis 1989)*[235]

Jahr	Mitarbeiter Abt./HA XXII	Mitarbeiter AG XXII (BV)	Mitarbeiter Linie XXII (gesamt)	Veränderung in Prozent
1975	30		30	+40,0
1976	42		42	+35,7
1977	57		57	+36,8
1978	78		78	+35,8
1979	106		106	+54,7
1980	139	25	164	+31,0
1981	169	46	215	+23,2
1982	207	58	265	+1,8
1983	211	59	270	+10,0
1984	232	65	297	+0,6
1985	229	70	299	+6,0
1986	245	73	318	+1,5
1987	255	67	322	-1,5
1988	248	69	317	+214,5
1989	878	119	997	

[235] Bis 1983 ausschließlich Berufssoldaten (BU/BO); ab 1984 einschließlich eines Zivilbeschäftigten (außer 1985); ab 1986 einschließlich Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter (HIM; 4 Personen); für 1989 auch mit Zeitsoldaten (UaZ; 134 Personen), Offizieren im besonderen Einsatz (OibE; 63 Personen) (sowie jetzt 5 Zivilbeschäftigten) in der Zentrale. In den Arbeitsgruppen XXII der Bezirksverwaltungen ausschließlich Berufssoldaten. Bis 1988 Stand am 31.12. des Jahres; für 1989 Stand 31.10.

Tabelle 9: *Ist-Personalbestand der Arbeitsgruppen XXII in den Bezirksverwaltungen (1980 bis 1989)*

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989 [236]
Berlin	0	3	7	6	8	7	9	10	11	11
Cottbus	3	4	4	4	4	5	4	4	4	6
Dresden	4	4	4	5	5	5	5	5	5	5
Erfurt	1	3	4	4	4	4	4	3	4	5
Frankfurt/O.	3	5	3	4	5	5	6	5	5	7
Gera	5	5	5	5	5	5	5	4	4	6
Halle	1	3	4	3	4	3	4	4	4	4
Karl-Marx-Stadt	5	5	6	6	6	7	8	7	6	23
Leipzig	0	0	3	3	4	4	6	5	5	6
Magdeburg	1	3	4	4	5	5	5	5	5	4
Neubrandenburg	0	1	0	2	2	2	2	2	2	14
Potsdam	0	4	5	5	5	4	4	4	4	5
Rostock	0	1	3	3	2	3	4	3	3	14
Schwerin	0	4	4	3	4	4	4	3	4	5
Suhl	0	1	2	2	2	2	3	3	3	4

[236] Stand im Oktober 1989. Die deutliche Zunahme der Mitarbeiterzahl erklärt sich aus der Übernahme der Territorialen Spezifischen Kräfte in Rostock, Karl-Marx-Stadt und Neubrandenburg in die jeweilige AG XXII. Vgl. Befehl 3/89.

Tabellenverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
AG XXII	Arbeitsgruppe XXII (der Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit)
AGL	Arbeitsgruppe des Leiters
AGM	Arbeitsgruppe des Ministers
AGM/S	Arbeitsgruppe des Ministers, Bereich Sicherheit bzw. "Stöcker" (Leiter)
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
AKJ	Antikomintern-Jugend (Bundesrepublik)
ANC	Afrikanischer Nationalkongreß (Südafrika)
ANS/NA	Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (Bundesrepublik)
AP	Archivmaterial Allgemeine Personenablage
AV	Auslandsvertretung
Befehl 17/79	Befehl 17/79 vom 8.12.1979 zur Aufklärung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung subversiver Pläne, Absichten und Maßnahmen linksextremistischer und trotzkistischer Organisationen, Gruppen und Kräfte
BU/BO	Berufsunteroffizier/Berufsoffizier (hier des MfS)
BHJ	Bund Heimattreuer Jugend (Bundesrepublik)
BOD	Bulgarische Befreiungsbewegung
BR	Rote Brigaden (Italien)
BV	Bezirksverwaltung
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten (Bundesrepublik)
CCC	Kämpfende Kommunistische Zellen (Belgien)
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Dienstanweisung 1/81	Dienstanweisung 1/81 vom 16.3.1981 zur Aufklärung, vorbeugenden Verhinderung, operativen Bearbeitung und Bekämpfung von Terror- und anderen operativ bedeutsamen Gewaltakten
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DVP	Deutsche Volkspolizei
EFG	Einsatzführungsgruppe
ETA	Baskische Befreiungsbewegung (Spanien)
FAP	Freiheitliche Arbeiterpartei (Bundesrepublik)
FO	Führungsoffizier
FOA	Feindobjektakte

FSB	Flugsicherungsbegleitung
GIM	Gruppe Internationaler Marxisten (Bundesrepublik)
GVS	Geheime Verschlußsache
GVS 4/85	Geheime Verschlußsache 4/85 vom 15.2.1985: Bekämpfung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet, die subversiv gegen die DDR und andere sozialistische Staaten tätig sind (außer imperialistische Geheimdienste und kriminelle Menschenhändlerbanden)
HA	Hauptabteilung
HIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
IGfM	Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (Bundesrepublik)
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung
IME	Inoffizieller Mitarbeiter für einen besonderen Einsatz
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter für Sicherheit
IRA	Irisch-republikanische Armee (Irland)
KB	Kommunistischer Bund (Bundesrepublik)
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland (Bundesrepublik)
KPD/ML	Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (Bundesrepublik)
KKK	Kaderkarteikarte
KuSch	(Hauptabteilung) Kader- und Schulung
LZ	Lagezentrum (der AKG der Abteilung XXII des MfS)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MG	Marxistische Gruppe (Bundesrepublik)
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (Bundesrepublik)
NF	Nationalistische Front (Bundesrepublik)
NS	Nationalsozialismus
NSDAP/AO	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (Bundesrepublik)
NSDAP/OGB	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Ortsgruppe Berlin (Bundesrepublik)
NÜB	Nottechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel (Bundesrepublik)
OAM	Operatives Ausgangsmaterial
OG	Operationsgebiet (hier Westeuropa und Naher Osten)
OibE	Offizier im besonderen Einsatz

OM	Operatives Material
OPK	Operative Personenkontrolle
OSK	Objektsicherungskräfte
OSL	Oberstleutnant
OTS	Operativ-Technischer Sektor
OV	Operativer Vorgang
PFLP-GC	Volksfront für die Befreiung Palästinas-Generalkommando (Naher Osten)
Plg.	(Abteilung) Planung (der HA KuSch des MfS)
PLO	Palästinensische Befreiungsbewegung (Naher Osten)
PS	(Hauptabteilung) Personenschutz
RAF	Rote Armee Fraktion (Bundesrepublik)
RZ	Revolutionäre Zellen (Bundesrepublik)
RZ	Rote Zora (Bundesrepublik)
SB	Sozialistisches Büro (Bundesrepublik)
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SOUD	System der vereinigten Erfassung von Informationen über den Gegner (kommunistischer Staaten)
SR	Selbständiges Referat
TGV	Territoriale Gruppe Verhandlungsführung
TSK	Territoriale Spezifische Kräfte
UaZ	Unteroffiziere auf Zeit
VR	Volksrepublik
VSH	Vorverdichtungs-, Such und Hinweis(-Kartei)
VVS	Vertrauliche Verschlußsache
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZEG	Zentrale Einsatzgruppe
ZGV	Zentrale Gruppe Verhandlungsführung
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang
ZSK	Zentrale Spezifische Kräfte

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz vom 20. Dezember 1991 verpflichtet den Bundesbeauftragten zur "Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes" (§ 37).
Zu diesem Zweck betreibt die Abteilung Bildung und Forschung (BF) neben politischer Bildung und der Einrichtung von Informations- und Dokumentationszentren auch eigene wissenschaftliche Forschung. Die Ergebnisse werden im Christoph Links Verlag, Berlin, und in drei Behördenreihen vorgelegt. Ein Hauptprojekt ist die Erarbeitung eines MfS-Handbuches, das ab Oktober 1995 in ca. 25 Teillieferungen erscheint.

Analysen und Dokumente
Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten im Ch. Links Verlag, Berlin
(Redaktion: Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann)
Band 1: Klaus-Dietmar Henke, Roger Engelmann (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, 272 S., 30,-- DM
Band 2: Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauck, 304 S., 34,-- DM
Band 3: Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, ca. 500 S., 40,-- DM
Band 4: Matthias Braun: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Kulturministerium gegen Heiner Müllers "Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande" im Oktober 1961, 176 S., 24,-- DM
In Vorbereitung:
Band 5: Siegfried Suckut (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur "politisch-operativen Arbeit"
Band 6: Sonja Süß: Politisch mißbraucht? DDR-Psychiatrie im Spiegel der MfS-Akten
Band 7: Clemens Vollnhals (Hrsg.): Zur Kirchenpolitik von SED und MfS
Band 8: Walter Süß (Hrsg.): Zerfall und Auflösung der Staatssicherheit

Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden
(MfS-Handbuch)
Herausgegeben von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann. Ca. 25 Teillieferungen.
Bisher erschienen:
Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, 408 S., Schutzgebühr 20,-- DM
Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, 107 S., Schutzgebühr 10,-- DM
Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe: Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, 52 S., Schutzgebühr 10,-- DM
Tobias Wunschik: Hauptabteilung XXII: "Terrorabwehr", 56 S., Schutzgebühr 5,-- DM

In Vorbereitung:
Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft)
Hanna Labrenz-Weiß: Hauptabteilung II (Spionageabwehr)

Behördenreihen der Abteilung Bildung und Forschung
Seit 1993 erschienen u.a.:

Dokumente
Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur "politisch-operativen Arbeit", Schutzgebühr 20,-- DM
Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. Vorläufiger Aufriß nach dem Erkenntnisstand von Juni 1993 (vergriffen)
Die Dissertationen an der "Juristischen Hochschule" des MfS: Eine annotierte Bibliographie von Günter Förster, Schutzgebühr 10,-- DM
Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, Schutzgebühr 10,-- DM

Analysen und Berichte
Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS (vergriffen)
Helmut Müller-Enbergs: Das Zusammenspiel von Staatssicherheitsdienst und SED nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976 (vergriffen)
Monika Tantzscher: "Maßnahme Donau und Einsatz Genesung". Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, Schutzgebühr 10,-- DM
Thomas Auerbach unter Mitarbeit von Wolf-Dieter Sailer: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, Schutzgebühr 10,-- DM
Verfolgung und die Folgen. Über den Umgang mit den Opfern, Schutzgebühr 10,-- DM

BF informiert
Erich Mielke und KGB-Vize Leonid Schebarschin über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Mitschrift eines Streitgesprächs am 7. April 1989 (ediert von Walter Süß, vergriffen)
Joachim Walther und Gesine von Prittwitz: Staatssicherheit und Schriftsteller. Bericht zum Forschungsprojekt (vergriffen)
Helmut Müller-Enbergs: IM-Statistik 1985 - 1989, Schutzgebühr 3,-- DM
Jens Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962. Zur Personalstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit (vergriffen)
Jürgen Fuchs: Unter Nutzung der Angst. Die "leise Form" des Terrors - Zersetzungsmaßnahmen des MfS, Schutzgebühr 3,-- DM
Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, Schutzgebühr 5,-- DM
Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR (zusammengestellt von Hildegard von Zastrow, vergriffen)
Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989 (vergriffen)

Jens Gieseke: Doktoren der Tschekistik. Die Promovenden der "Juristischen Hochschule" des MfS, Schutzgebühr 5,-- DM
Clemens Vollnhals: Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, Schutzgebühr 3,-- DM

Handbuchlieferungen und Schriften der Behördenreihen sind zu bestellen bei:
Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
Postfach 218
10106 Berlin